Nr. 127. Halle a. S., Mittwoch den 4. Juni 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,66 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht zu beziehen, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr. Expedition: Geiststr. 21. Hof part. r

Die Zollpolitik und die Landwirtschaft.

In Nr. 8 der Neuen Zeit stellt der Gutsbesitzer von Rommorowen (Ostpreußen), Genosse Ernst Ebhardt, folgende beachtens-Betrachtung an:

Die Agrarier und die ihnen gehorsame Reichsregierung behaupten, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte seien so hoch zu steigern, daß die Kosten der Herstellung gedeckt werden. Diese Forderung kommt mir ganz so unsinnig vor, als wenn die Stiefelfabrikanten verlangen wollten, der Preis der Stiefel sollte nach denjenigen Produktionskosten berechnet werden, die ein ohne jegliche maschinelle Hilfe arbeitender Schuhmacher bei der Herstellung von Stiefeln haben würde. Der Bauer steht aber gegenüber den mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgerüsteten Großgrundbesitzern weit weniger schlecht da wie der Handwerker gegenüber dem Großindustriellen. Denn der Handwerker muß, schon um leben zu können, Waren für den Markt produzieren, während der Bauer nur so viel Waren zu produzieren braucht, um die Steuern zu bezahlen und einige Wirtschaftsgegenstände anzuschaffen, wogegen ihm zum Leben die Scholle genug bietet. Die Bauern, die mit dem Großgrundbesitzer, der mit den neuesten Maschinen pflügt, eggt, sät und drischt, nicht konkurrieren können, und die thatsächlich beim Getreidebau infolge ihrer rückständigen Wirtschaftsweise sehr oft nicht auf die Produktionskosten kommen werden, produzieren überhaupt nicht für den Markt. Verkaufen sie im Herbst Getreide, um sich etwas Geld zu verschaffen, so müssen sie es im Frühjahr nicht nur zum Leben, sondern auch zur Saat zu sei,r erhöhten Preisen wieder anschaffen. Der Bauer wie der kleine Handwerker stehen außerhalb des modernen Betriebes, und jeder Versuch, wie beim Handwerk mit den Innungen, so beim Bauer durch Erbschaftsbeschränkung, Zollgesetzgebung, Zerschlagen der Domänen, Beschränkung der Freizügigkeit, die Ertragsfähigkeit der Bauernwirtschaft künstlich zu steigern, bleibt ohne Erfolg.

Gewiß kann die Lebensweise des Bauern auch noch bedeutend gehoben werden, und wir Sozialdemokraten sind sicherlich die Letzten, die sich dem widersetzen würden. Deshalb empfehlen wir vor allem die Einführung des Milizsystems, das dem Bauer seine Kinder als Arbeiter gerade bei der nötigsten Arbeitszeit lassen würde, während der jetzige Militarismus den Bauern von Arbeitskräften geradezu entblößt, ferner fordern wir Uebernahme sämtlicher Schullasten durch den Staat, Trennung von Schule und Kirche, sowie von Staat und Kirche, wodurch einer Menge Existenzen Gelegenheit zu produktiver Arbeit gegeben würde — und vor allem Staatskredit mit geringem Zinsfuß zu genossenschaftlichen Meliorationsarbeiten jeder Art.

Der agrarische Großgrundbesitzer verlangt nun, daß er beim Getreidebau auf „die Produktionskosten" kommt, nimmt aber als Maßstab nicht eine moderne Wirtschaftsweise an, sondern die des wirtschaftlich rückständigen Bauern, und deshalb verlangt er, der Staat müsse ihm durch einen hohen Zoll helfen.

Die Produktionskosten des Roggens sind nun nicht eine absolute Größe, sondern ein ganz relativer Faktor; sie sind in keinem Jahre gleich groß, bei jedem Besitzer verschieden und ganz davon abhängig, ob extensiv oder intensiv gewirtschaftet, ob schwach oder stark gedüngt, ob gut oder schlecht gefüttert, ob flach oder tief gepflügt, ob mittelst Maschine oder mit aus Urväter Zeit stammender Sichel gemäht wird und schließlich — ob bei der Ernte gutes oder schlechtes Wetter ist.

Seit vierundzwanzig Jahren bin ich Landwirt und kann den buchführungsmäßigen Nachweis erbringen, daß ich in den letzten sechs Jahren in jedem Jahre einen hübschen Reingewinn hatte, der von den Zöllen vollständig unabhängig war, da ich bedeutend mehr für Futterstoffe ausgab, als ich für Brotgetreide einnahm.

Nachstehende Tabelle veröffentliche ich, weil ich eben nur Zahlen aus meiner Wirtschaft geben kann — die anderen Großgrundbesitzer haben entweder überhaupt keine zuverlässige Buchführung oder lassen am allerwenigsten einen Sozialdemokraten in sie Einsicht nehmen!

	Einnahme in Mark für			Ausgabe in Mark für				Reinertrag in Mark (nicht Einkommen)
	Pferde, Vieh, Schafe, Schweine, Federvieh, G		Getreide	Pferde, Vieh, Schafe, Schweine, Federvieh, G	Saaten und Futter	künstlicher Dung	Löhne in barem Gelde exkl. Naturalien	
1895/1896	36560	6568	7018	11614	7749	15403		16593
1896/1897	40155	6429	9022	14756	8572	17120		9934
1897/1898	39280	12962	9367	19656	5676	13610		20366
1898/1899	48166	12165	9279	13759	3748	15121		35788
1899/1900	48484	14372	15445	13339	7540	19401		20587
1900/1901	54835	10165	19962	14377	8846	19630		22593

Das Gut Kommorowen ist 412 Hektar, das angrenzende Vorwerk Kosuchen 172 Hektar groß. Das Hauptgut kaufte ich vor 16 Jahren vom Vater für 195 000 Mk., das Vorwerk mit sehr leichtem, sandigem Boden vor 10 Jahren von meinem Bruder für 69 000 Mk. Aus meiner Buchführung habe ich diejenigen Zahlen veröffentlicht, die für vorliegende Arbeit von Interesse sind und zeigen, daß bei intensiver Wirtschaftsweise der Landwirt von hohen Zöllen keinen Vorteil hat, da das Hauptgewicht auf Viehzucht zu legen ist.

Einzelne Futterstoffe, wie Kleie, Oelkuchen, sind zwar nicht mit einem Zolle belegt, aber es werden auch viele Getreidearten, wie Mais, Gerste, Hafer, Erbsen und deren Gemische als Futterstoffe eingeführt, und es läßt sich der ziffernmäßige Nachweis führen, daß mit dem Steigen des Getreidepreises auch der Preis für Futterstoffe gestiegen ist und der rationell wirtschaftende Landwirt keinen Nutzen von der Zollpolitik hat. Den Nutzen einer Erhöhung der Getreidepreise haben nur diejenigen Landwirte, die extensiv wirtschaften, zum Teil auch wegen Leutemangel dazu gezwungen sind. Das sind dieselben Schreier im Streite, die die Aufhebung der Freizügigkeit fordern und den Arbeiter am liebsten als Sklaven an ihre Scholle fesseln möchten. Für moderne Arbeiterfragen haben sie nicht das geringste Verständnis; sie können sich nicht daran gewöhnen, im Arbeiter einen gleichberechtigten Faktor des Wirtschaftsgetriebes zu sehen. Da sie selbst nichts leisten, erwarten sie alles Heil von einer weisen Regierung, die ihnen ihre Ziele verwirklichen soll. Die Weltgeschichte hat ihr Urteil über die Krückerige und Lüderige gesprochen. Unsere Agrarier können zwar nicht mit Flinte und Säbel den Wegereisenden überfallen, aber desto sicherer vermittelst der Gesetzgebung. Ich glaube, das Urteil der Geschichte über sie wird einst noch härter sein, als das über ihre Vorfahren.

Eine Erhöhung der Agrarzölle wird aber entschieden auch dazu führen, die gesamte Landwirtschaft zu schädigen. Ist der Landwirt bei niedrigen Getreidepreisen mehr oder weniger gezwungen, den Getreidebau einzuschränken, mehr Futter anzubauen und in erhöhtem Maße Viehzucht zu treiben, so wird er durch vermehrte Dungproduktion auch den Kulturzustand seines Bodens um ein Bedeutendes erhöhen. Die Pflanzennährstoffe, die er durch die Produktion von Milch, Fleisch, Wolle abgiebt, werden durch eine starke Fütterung nicht nur reichlich kompensiert, sondern geben dem Boden noch einen reichen Ueberschuß und liefern dem Landwirt auch sichere Getreideernten.

Wird im umgekehrten Falle durch eine Zollpolitik erhöhten Getreidepreisen Rechnung getragen, so scheint es ja viel einfacher und billiger, den Futterbau einzuschränken, die Viehzucht zu mäßigen und die für Verkaufsgetreide bestimmte Fläche zu erhöhen. Solche Güter, deren es leider nicht wenige giebt, kommen mit der Wirtschaft immer mehr zurück. Getreide wird so viel wie möglich verkauft, der Acker, der bei einzelnen nur einen geringen Ersatz an Pflanzennährstoffen durch eine Zugabe von künstlichem Dung erhält, verarmt immer mehr, das Getreide will dann auf die Dauer nicht mehr wachsen, und um den Besitzer zu schützen, soll dann der Staat wieder mit natürlich abermals erhöhten Zöllen helfen. Das ist dann die bekannte Schraube ohne Ende. Dieses zwangsweise Produzieren von Getreide, das durch die Zollgesetzgebung mit Notwendigkeit herbeigeführt wird, bedeutet ein zwangsweises Zurückschrauben der Landwirtschaft auf eine niedrigere Kulturstufe. Die Hungerjahre, die bereits zum ehernen Bestand der russischen Landwirtschaft gehören — es wächst dort nichts mehr, weil alles Getreide verkauft wird und der Boden keinen Ersatz an Pflanzennährstoffen erhält —, würden auch bei uns ihren Einzug halten.

Tagesgeschichte.

Halle, 3. Juni.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause ist am Montag die große Aktion der Konservativen und des Zentrums, durch die die preußische Regierung scharf gemacht werden sollte für die über die Säge der Zolltarifvorlage hinausgehenden agrarischen Beschlüsse der

---

55] (Nachdr. verb.)

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525

von Robert Schweichel.

Das war, wenn auch in milderer Form, dieselbe Antwort, die bereits Hieronymus Hassel den Bauern zu Gebsattel erteilt hatte. Finster schauten die Augen Meklers unter seinen überhängenden Brauen auf den Bürgermeister. Wir sind nicht meineidig," zischte er, bezwang sich jedoch auf einen Wink Stephans von Menzingen so weit, daß er gehaltener hinzufügte, wenn auch ohne jede Demut, in der sich die Bauern bislang vor den Herren geübt hatten: „Wir wollen alles halten, ehrsame Herren, was nit wider Gott und die Liebe des Nächsten ist, mehr nit!" Damit entfernte er sich und der Ritter sprach in stolzer drohender Haltung, bevor er ihm folgte: „Der Ausschuß wird des Rats Antwort erwägen, Ihr Herren!"

„Da haben wir den Brei!" schnob der beleibte Herr von Winterbach. „Wer anders hat ihn uns eingerührt, als diese gottverdammte Reformation. Das ist der stinkende Pfuhl aller Pest."

Ehrenfried Kumpf schnellte kampflustig empor, jedoch Georg Bermeter legte ihm beschwichtigend die Hand auf den Arm, und so begnügte er sich, jenem die Aeußerung hinzuschleudern: „Die Eiche ist's, an der die Schweine ihre Hauer wetzen."

„Und ich frage," rief Hassel und schlug mit der Faust auf die grüne Tischdecke, „warum, zum Teufel, haben wir das Angebot des Markgrafen nicht angenommen?"

Erasmus von Muslor ließ Groll und Aerger eine Weile sich Luft machen. Dann stellte er die Ruhe mit den Worten wieder her: „Als die wilden Barbaren das alte Rom stürmten, da erwarteten die Senatoren sie schweigend auf ihren kurulischen Sesseln. Sie ließen sich töten, aber sie unterwarfen sich nicht. Wohlan, liebe Herren und Freunde und werte Kollegen, wir dürfen der Gewalt nicht weichen, und wenn wir gezwungen werden, jetzt den Bauern etwas nachzulassen, so ist's mit Gewalt erpreßt, und wir sind darum nicht verbunden, es zu halten."

Das gefiel den Herren vom Innern Rate. Nur Georg Bermeter schüttelte bedenklich den Kopf und Ehrenfried Kumpf erhob sich unmutig, um die Ratsstube zu verlassen. Ein tiefer summender Ton bannte seinen Fuß. Alle lauschten. Kein Zweifel, die große Ratsglocke wurde geläutet, und die Herren schauten einander betroffen an. Sie rief die Bürgerschaft zur Versammlung auf den ehemaligen Judenkirchhof. Ehrenfried Kumpf sprach bekümmert: „Ich habe den Innern Rat gewarnt, als es noch Zeit war. Aber da sei Gott für, daß ich mich von ihm trenne in der Stunde der Gefahr!" Und er nahm wieder seinen hochlehnigen Stuhl am Tische ein.

„Man muß es dem Menzingen lassen, er ist rasch zur That", äußerte der erste Bürgermeister mit einem eigentümlichen Lächeln. Es war das letzte laute Wort, das in der Ratsstube gesprochen wurde. Des Kommenden harrend, flüsterten die Herren nur dann und wann mit einander. Sie mußten lange warten. Endlich stieß ein Ratsdiener die Thür auf und meldete: „Gesandte vom Ausschuß bitten um geneigtes Gehör."

Herr Erasmus neigte sein Haupt. Die Ratsherren, die bisher auf und ab gegangen waren oder in den Fensternischen beieinander gestanden, nahmen ihre Sitze wieder ein. Herein traten Ritter Stephan, Valentin Ickelsamer, der Rektor der Lateinschule und etliche bürgerliche Mitglieder des Ausschusses. Ihre Mienen waren noch erhitzt von den Reden und Debatten auf dem Judenkirchhofe. Stephan von Menzingen ergriff als Obmann des Ausschusses das Wort und sprach mit laut schallender Stimme: „Ehrsame, günstige und liebe Herren! Die von dem Ausschuß berufene Gemeinde der Stadt hat beschlossen und thut Euch kund und zu wissen durch seine Abgesandten: In Erwägung, daß der Aeußere Rat die Gemeinde vertreten soll, so muß er nunmehro aufgehen im Ausschusse und mit ihm sitzen, raten und bessern. Diesen Schluß auszuführen, gewährt die Gemeinde den beiden Räten eine Frist von 24 Stunden."

Die Ratsherren sprangen zornig von ihren Stühlen auf. Der erste Bürgermeister aber winkte ihnen mit der Hand zur Ruhe. Seine Mienen zeigten unerschütterliche Ruhe. „Die Räte werden erwägen und beschließen", erwiderte er trocken. „Fahret fort!"

„Weiter begehret die Gemeinde von dem Innern Rate, daß er die Beschwerden der Bauern ohne Verzug vornehme und durch Zugeständnisse sie beschwichtige, ehe sie der Stadt zu stark werden. Mit ihnen einen Vergleich zu schließen, dazu, so ist der Gemeinde Begehr, soll der Innere Rat uns, dem Ausschuß, allsogleich Vollmacht erteilen."

„Das wird nimmer geschehen", rief Konrad Eberhard mit kalt schneidender Stimme, und die Mehrzahl der Ratsherren rief es ihm nach.

„Haben's die Herren so hitzig, ei, so sperret die Fenster auf", drohte Jos Schad, der Gerber, der hinter dem Ritter stand.

„Auf dieses Verlangen, Herr Ritter, kann der Rat nicht eingehen", sagte von Muslor fest. „Es ist unmöglich."

„Dem Willen ist nichts Menschliches unmöglich", äußerte der alte Rektor Bessenmayer.

„Es handelt sich hier nicht um unseren Willen, nicht um Rothenburg allein", nahm der erste Bürgermeister wieder das Wort. „Es wäre ein böses Beispiel, das wir mit unserer Nachgiebigkeit den Bauern der benachbarten Herrschaften gäben. Es würde unserer Stadt gar übel geraten, wann die fremden Hintersassen sich auf das Beispiel Rothenburgs berufen könnten, und ihre Herren würden uns darob feindlich anziehen."

„Umgekehrt wird ein Schuh d'raus", mischte sich Lorenz Knobloch vorwitzig ein. „Brot können die Herren essen, aber keins backen."

„Donnerwetter", fuhr ihn der Ratsherr Hassel mit kirschrotem Gesicht an, „es thäte not, daß dem Kerl einer über das ungewaschene Maul führe!"

„Wahret den eigenen Mund, Herr, daß Euch der Ausschuß nicht wegen Beleidigung zur Rechenschaft zieht", donnerte Stephan von Menzingen ihn an. „Recht aber hat er; denn schon brennt es ringsum, und darum ist es notwendig, daß die Stadt mit ihren Bauern rasch sich vergleicht, ansonst bei uns eine Wut entsteht, die uns alle verzehrt."

Mit einem Anflug von Pathos erwiderte aber Herr Erasmus: „Der Himmel behüte, daß der Rat von den Rechten der Stadt, die von den Altvordern her sind, ein Tüpfelchen vergiebt, es sei denn, daß der Schiedsspruch des kaiserlichen Gerichts es ihm aberkennt.

„Quos Deus perdere vult, dementat prius",*) murmelte Valentin Ickelsamer, und Kilian Erschlich rief: „Gott's Tod, ich hab' ein Urteil des Kammergerichts erstritten, und mein Recht ist mir zur Stund' nit worden vom Rat."

*) Denjenigen, welche Gott verderben will, verdirbt er vorher den Verstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0001

Zolltarifkommission, recht kläglich ins Wasser gefallen. Das ahnungsvolle Gemüt der Antragsteller hatte nicht so Unrecht, wenn es die Beratung der bereits am 11. März gestellten Anträge immer wieder hinausschob. Daß aber die große Agrarierparade im Abgeordnetenhause zu einer so eklatanten Blamage führen würde, wie es thatsächlich der Fall war, das hätten wohl selbst die größten Pessimisten aus der Reihe der Rechten und des in seinem Schlepptau fahrenden Zentrums sich nicht träumen lassen. Zwar war es von vornherein sicher, daß der Antrag des Grafen Limburg-Stirum, der ganz unzweideutig die Unterstützung der preußischen Regierung für die von der Zolltarifkommission beschlossenen landwirtschaftlichen Zollerhöhungen heischt, im Junkerparlament angenommen werden würde. Hatte doch sowohl die konservative Fraktion wie das Zentrum in corpore ihre Namen unter dieses Ultimatum gesetzt. Aber nicht in der Annahme des Antrags Limburg-Stirum mit 185 gegen 79 Stimmen — 42 Abgeordnete enthielten sich der Stimme — lag die Bedeutung des Tages, sondern vielmehr darin, daß die Regierung mit bemerkenswerter Schroffheit das ungebärdige Verlangen der Agrarier brüskierte und feierlich erklärte, sie könne sich an der Beratung dieser in das Ressort der Reichsgesetzgebung mit täppischer Hand hineinpfuschenden Anträge überhaupt nicht beteiligen.

Außer dem Antrag des Grafen Limburg lag noch ein zahmer gefaßter Antrag des viel geschäftigen Managers zwischen den Agrariern und der Regierung, des freikonservativen Frhrn. v. Zedlitz-Neukirch, vor, wonach sich die Regierung nur um eine „Verständigung" mit dem Reichstage über die Kommissionsbeschlüsse auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes bemühen solle. Dieser sanftmütige Antrag, vom Herrn v. Zedlitz mit einer lauwarmen Erklärung seiner Fraktion befürwortet, hatte ein noch peinlicheres Schicksal als die extreme Forderung des Grafen Limburg. Das freikonservative Amendement fand nur vor den Augen der eigenen Antragsteller Gnade und wurde mit überwältigender Majorität abgelehnt.

Gleich zu Beginn der Sitzung erhob sich der Ministerpräsident Graf v. Bülow, um eine von der Regierung schriftlich fixierte Erklärung zu verlesen. Es war darin gesagt, daß die Zollfragen zur ausschließlichen Kompetenz des Reichstages gehören und daß die Regierung deshalb im Landtage ihre Stellung dazu nicht näher entwickeln könne. Im übrigen sei diese Stellung „an zuständiger Stelle wiederholt und unzweideutig" dargelegt worden. Die Regierung werde sich an den Verhandlungen also nicht beteiligen.

Also sprach Graf Bülow mit dem umflorten Tone väterlicher Bekümmernis, und niemand vermochte in dem düster blickenden Manne die klassische Heiterkeit eines mit dem Diagonalapfel kokettierenden Paris zu erkennen. Nein, der Reichskanzler suchte den demonstrativen Charakter seiner Ablehnung möglichst ans Licht zu rücken, indem er sofort nach seiner Erklärung den Sitzungssaal verließ, gefolgt von seinen beiden Schildknappen v. Rheinbaben und Möller und dem langen Gänsemarsch der Kommissare. Ob dieser den Schein unbeugsamer Konsequenz vortäuschenden Schnödigkeit erhob sich eine arge Bestürzung in den Reihen der Agrarier. Es dauerte minutenlang, ehe die Ueberraschung und die Unruhe der Rechten sich legten und der Sprecher der Konservativen sich in der unerwarteten Situation einigermaßen zurechtzufinden vermochte. Immerhin wird man sich hüten müssen, die momentane Festigkeit des Grafen Bülow und seine Berufung auf das „Unannehmbar" des Grafen Posadowsky in der Zolltarifkommission zu überschätzen oder gar als eine endgültige Niederlage der extremen Agrarier zu proklamieren. Unter den feudalen Komeraden giebt es trotz kleiner standesgemäßer Scheingefechte noch viele Mögliches zu einer Verständigung, und man darf wohl annehmen, daß für die Stellungnahme des Grafen Bülow mehr Bequemlichkeitsrücksichten und die Furcht vor der Notwendigkeit einer kompromittierenden Diagonalrede, als sachliche Erwägungen maßgebend gewesen sind.

Herr v. Heydebrand freilich, der Wortführer der Konservativen, schien über die Bülowsche Unhöflichkeit sehr indigniert zu sein; der sonst so diplomatische Herr geriet in ein Stadium zorniger Erregung, daß seine Stimme vielfach in Grollausbrüchen ersticken ließ. Er berief sich für das Recht der Einzellandtage, Materien der Reichsgesetzgebung zu behandeln, auf die Autorität des Fürsten Bismarck und proklamierte emphatisch den Anspruch der preußischen Landwirtschaft sich auf Kosten der Allgemeinheit erhalten zu lassen.

Der Zentrumsredner Herold, ein etwas bärbeißiger Gutsbesitzer von der roten Erde, suchte mit weniger Temperament, aber desto größerer Langweiligkeit die Berechtigung der Antragsteller zu ihrem Vorgehen nachzuweisen. Die Nationalliberalen ließen kurz erklären, daß sie beide Anträge ablehnen würden. Abg. Richter war in der Lage, bei diesem Streit der feindlichen Brüder die Rolle des lachenden Dritten zu spielen; mit gutem Humor verspottete er die Verlegenheit, in die sich die Agrarier durch ihren Lieblingskanzler gebracht sahen. Er hielt dem Grafen Bülow, der sich früher selbst im Abgeordnetenhause über seine Zollpolitik geäußert hat, das Widerspruchsvolle seiner Haltung vor und wies darauf hin, daß die Beschlüsse der Zollkommission noch keineswegs endgiltig sind. Den Wert der Bülowschen Standhaftigkeit schätzte er ebenso geringwertig ein, wie die Unbeugsamkeitspose der Agrarier und gab der Regierung den guten Rat, die ganze verfahrene Zollvorlage lieber zurückzuziehen.

Richters Ausführungen wurden wirksam unterstützt durch eine scharfe antiagrarische Polemik des Abg. Dr. Barth, der besonders die Unzuständigkeit des Dreiklassenparlaments, in dieser Frage der Lebensbedingungen der breiten Massen ein Wort mitzusprechen, hervorhob. Eine Rückzugskanonade des Agrarierhauptlings Frhrn. v. Wangenheim suchte vergeblich über das Fiasko des Augenblicks hinwegzutäuschen und auch das Schlußwort des Grafen Limburg-Stirum bot nur ein paar verlegene Phrasen des Wirbelbagens.

In der nächsten Sitzung am Mittwoch steht unter anderem eine Interpellation des Frhrn. v. Wangenheim über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter auf der Tagesordnung.

Die Polenpolitik Bülows.

Der deutsche Reichskanzler hat es mit seinen Redeblüten und seiner Diagonalpolitik in Rosa-Färbung glücklich so weit gebracht, daß er überhaupt nicht mehr ernst genommen wird. In der Polenfrage hat er mit seiner Kaninchentheorie freilich einen großen Erfolg erzielt, aber einen Heiterkeitserfolg. Graf Bülow ist mit seiner Politik der „großen Mittel" zu einer beliebten Figur der politischen Witzblätter geworden. So zeigt z. B. der Ulk ein feines Verständnis für die Polenpolitik des Grafen Bülow in folgender: „Kalendergeschichte":

Ende Mai. Die preußische Regierung fordert eine neue Viertelmilliarde für den Ansiedelungsfonds.

Mitte Juni. Das dem Grafen Krapilinski gehörige Rittergut Polackowo ist von der Ansiedelungskommission für 200 000 Mark erworben worden.

Ende Juni. Graf Krapilinski kauft das Nachbargut Polackenfelde von seinem Besitzer Neumann für 150 000 M.

Mitte Juli. Neumann übernahm das Rittergut Polackowo von der Ansiedelungskommission gegen eine Barzahlung von 100 000 M.

Ende Juli. Graf Krapilinski verkaufte seinen neuen Besitz Polackenfelde an die Ansiedelungskommission zum Preise von 300 000 M.

Mitte August. Das Rittergut Polackowo ging in den Besitz des Grafen Krapilinski über. Neumann erhielt dafür 200 000 Mk.

Ende August. Neumann übernahm das Landgut Polackenfelde von der Ansiedelungskommission gegen eine Bezahlung von 150 000 Mk.

Mitte September. Die Ansiedelungskommission kaufte das Rittergut Polackowo und zahlte dafür dem Grafen Krapilinski 400 000 Mk.

Ende September. Graf Krapilinski kaufte das Nachbargut Polackenfelde von seinem Besitzer Neumann für 300 000 Mk.

Mitte Oktober. Neumann übernahm das Rittergut Polackowo von der Ansiedelungskommission zum Preise von 200 000 Mk.

Ende Oktober. Die Ansiedelungskommission kaufte das Landgut Polackenfelde vom Grafen Krapilinski, der dafür 600 000 Mk. erhielt.

usw. usw.

Mai 1903. Die preußische Regierung fordert eine halbe Milliarde für den Ansiedelungsfonds.

Eine Kundgebung gegen die Hohenzollernpolitik. In Goslar tagte gestern die Landesversammlung der deutsch-hannöverschen Partei. Auf derselben wurden verschiedene preußenfeindliche Reden gehalten und am Schlusse folgende Resolution angenommen:

„In unverbrüchlicher Treue gegenüber dem Vaterlande und gegenüber dem angestammten Königshause (d. h. die alte hannöversche Königsfamilie) erklärt die VIII. Landesversammlung der deutsch-hannöverschen Partei im Einklang mit der innerlichen Herzensüberzeugung des gesamten deutschen Volkes das Recht allein für die unanfechtbare Grundlage allen Denkens und Handelns im öffentlichen und privaten Leben."

An die hannöversche Königsfamilie, sowie den Landgerichtspräsidenten Dedekind wurden Begrüßungs-Telegramme abgesandt.

Die braven deutsch-hannöverschen Monarchisten sind in einer bösen Klemme. Die Hohenzollern sowohl wie die hannöverschen Fürsten sind von „Gottes Gnaden". Wer von beiden hat nun das größere Recht?

Der Exiesuit Graf Hoensbroich hat wieder einmal in München gesprochen, ohne diesmal durch eine Schar gebildeter Rowdies gestört zu werden. Er führte in seiner Rede aus, daß sowohl dogmatische wie bürgerliche Toleranz von Rom niemals geduldet werden würde, sei doch z. B. in dem von hervorragenden katholischen Gelehrten herausgegebenen Staatslexikon zu lesen: Niemals ist Religionsfreiheit ein soziales Gut. Am Schlusse einer anderthalbstündigen Ausführungen machte der Redner noch ein artiges Kompliment vor der Sozialdemokratie, in der, „abgesehen von ihren theoretischen Machereien" ein ganz berechtigter Kern stecke und die für unsere Zustände in vieler Beziehung geradezu segensreich sei. (Stürmischer Beifall.) Nicht die Sozialdemokratie, sondern der Ultramontanismus sei die Gefahr. Denn dieser wolle das Volk geistig und materiell zu Grunde richten.

Wilde Kaninchen. Wie ein bürgerliches Korrespondenzbureau meldet, haben die im Wreschener Schulkinderprozeß Verurteilten heute ihre Strafe in den Gefängnissen in Gnesen und Wronke angetreten. Drei von den Verurteilten sind flüchtig. Die Widerspenstigkeit der Wreschener Schulkinder soll immer größeren Umfang annehmen.

Auf Grund seiner Kaninchentheorie müßte Graf Bülow seine Politik gegen die Polenkinder nach dem lehrreichen Beispiel des hochseligen Herodes vom Bethlehemitischen Kindermorde einrichten.

Das Disziplinarverfahren gegen den Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel nimmt seinen Fortgang. Der Angeschuldigte hatte am 28. Mai seine erste Vernehmung vor dem Universitätssyndikus. Er gab die Erklärung zu Protokoll, daß er gegen seine Aburteilung durch das Disziplinargericht Protest einlege. Die Mitglieder des Displinargerichts seien lauter Juristen. Er greife aber gerade die aus der Handhabung der Formalien hervorgehende Unwahrhaftigkeit unseres bestehenden Rechtswesens an. Einem solchen Gerichtshofe fehle somit die nötige Unbefangenheit. Auch könne er den Kultusminister Preußens nicht für autorisiert erachten, die Juristen des Deutschen Reiches zu vertreten. Eine politische Aeußerung — und nichts anderes sei sein im Volksanwalt der Oeffentlichkeit unterbreitetes Schreiben an den Reichskanzler — könne überhaupt nicht Gegenstand einer Disziplinar-Untersuchung sein; das habe mit seiner Eigenschaft als Beamter gar nichts zu thun. Die Kritik politischer Vorgänge sei sein verfassungsmäßiges Recht, das auch Beamten nicht verkürzt werden dürfe. Andernfalls könne jede von Beamten ausgehende mißliebige Aeußerung über Handlungen von Ministern unterdrückt werden, und damit würde der Willkür Thür und Thor geöffnet.

Sehr richtig! Aber die Maßregelung wird dem Professor Lehmann wohl nicht erspart bleiben!

Bestrafte Polizeiwillkür. Die Strafkammer zu Rosenberg in Westpreußen verurteilte vorgestern den Stadtwachtmeister v. Reykowski aus Stuhm, welcher den des Diebstahls beschuldigten Kaufmannslehrling Stachetzki widerrechtlich arretiert und eine Nacht im Polizeigewahrsam gehalten, um ein Geständnis der That zu erzwingen, zu einem Jahre Zuchthaus.

Vom tapferen Dreschgrafen. Antisemitische Blätter meldeten, das schweizerische Bundesgericht habe die Auslieferung des wegen Sachbeschädigung vom Landgericht Glogau verfolgten und nach der Schweiz geflüchteten Dreschgrafen verweigert. Diese Nachricht ist, wie der Frankf. Ztg. aus der Schweiz geschrieben wird, völlig unrichtig. Abgesehen davon, daß das Bundesgericht in Auslieferungssachen Rekursinstanz ist, d. h. erst entscheidet, wenn gegen eine vom Bundesrate, an welchen die ausländischen Auslieferungsbegehren zu richten sind, bewilligte Auslieferung Einsprache erhoben wird, ist der Bundesrat selber nicht in die Lage gekommen, sich mit dem Fall Bückler zu befassen, da von der deutschen Regierung ein Begehren um Auslieferung gar nicht gestellt wurde. Da nach dem zwischen Deutschland und der Schweiz bestehenden Auslieferungsvertrage das Vergehen der Sachbeschädigung nicht als Auslieferungsdelikt aufgeführt ist, würde eine Auslieferung des Grafen nicht angängig sein; es ist aber gar nicht versucht worden, sie zu erlangen.

Der heldenhafte deutsche Graf und Judenfresser wird sich also des Asylrechts der Schweiz weiter erfreuen können. Ob die Schweizer über einen solchen Gast auch erfreut sind?

Ausland.

Frankreich. Der Zusammentritt der neuen Kammer ist am Sonntag erfolgt. Zum provisorischen Präsidenten wurde Bourgeois (radikal) mit 303 Stimmen gewählt. Der frühere Präsident Deschanel erhielt 267 Stimmen. In seiner Antrittsrede spricht Bourgeois für die Wahl seinen Dank aus. Er schätzt sich glücklich zu dem Erfolge der Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg (!!), welche die Bande, die die beiden befreundeten und verbündeten Nationen verbinden, noch enger geknüpft habe. Bourgeois spricht alsdann sein Mitgefühl aus für die Opfer der Katastrophe auf Martinique. Die Wahl Bourgeois wurde von der ganzen Linken mit stürmischen Hochrufen auf die Republik begrüßt. Einzelne Nationalisten rufen: Nieder mit den Juden! worauf die Sozialisten antiklerikale Rufe ausstießen.

Die radikalen und sozialistischen Blätter von Paris drücken ihre Befriedigung über die Wahl Bourgeois zum Kammerpräsidenten aus. Jaures schreibt in der Petit Republique:

Die politische Bedeutung dieses ersten Sitzungstages der Kammer ist so glänzend, so gebieterisch, daß sie nicht einmal von den Besiegten geleugnet werden wird. Die Kammer hat, indem sie sich für Bourgeois und gegen Deschanel ausgesprochen hat, keinen Erwägungen persönlicher Art nachgegeben, sie hat einen politischen Akt vollzogen und dem Präsidenten der Republik einen sehr deutlichen Fingerzeig für die Zusammensetzung des nächsten Ministeriums gegeben.

„Ja, das ist's", ließ sich der Ritter wieder vernehmen und strafte seine ansehnliche Gestalt. „Zu viel des Unheils hat der Rat schon durch seine ungerechten und falschen Maßnahmen über die Stadt gebracht. Der Ausschuß kann und darf ihn deshalb in jetzigen gefährlichen Läuften nicht handeln lassen."

Bei dieser unverhohlenen Drohung, welche einen allgemeinen Sturm erzeugte, in dem alle gegen einander schrieen, erhob sich der Altbürgermeister. Es trieb Ehrenfried Kumpf, dem bedrängten Rate beizustehen. Er wüßte wohl einen Mann, der geeignet wäre, zwischen der Stadt und den Bauern Frieden zu stiften. Er verhalte sich in seinem Hause; ihn solle man zu den Bauern schicken.

„Und wer ist dieser Wundermann?" fragte Konrad Eberhard.

„Der Dr. Karlstadt ist's", antwortete Herr Ehrenfried unerschrocken.

Da geschah es, daß bei dem Namen, der die allgemeine Verwunderung der Ratsherren erregte und dem zweiten Bürgermeister ein grimmes Hohnlachen entlockte, Erasmus von Muslor zum erstenmale seine Selbstbeherrschung verlor. Er schnellte wie eine Feder von seinem Stuhle auf und rief mit geröteter Stirn: „Wie, das böse ABC ist in der Stadt und in Eurem Hause verborgen, trotzdem er bei strenger Strafe ausgewiesen wurde? Wie wollet Ihr, ein Ratsherr, diese gröbliche Verletzung der Gesetze und Eurer beschworenen Pflichten rechtfertigen? Wie sollen andere die Gebote des Rates achten, wenn Ihr, der einst die höchste Würde unserer Stadt bekleidet hat, sie mit Füßen tritt? Beim Himmel, das ist stark!"

Herr Ehrenfried erwiderte uneingeschüchtert: „Ich hab's gewagt, im Dienste Gottes und für Gottes Sache ihn zu schützen und zu beherbergen. Karlstadt ist ein frommer und unglücklicher Mann und vorzüglich geschickt und vom Himmel begabt, um die Irrungen zwischen einem Rat, der Gemeinde und den Bauern zu schlichten. Ich kenne meine Pflichten gegen den Rat, ich erachte mich aber nicht gebunden, wo es gegen Gottes Wort und das Evangelium geht. Denn ich bin ein Christ und werde diesem allein gehorchen, so weit Leib und Gut reicht."

„Höllenelement, wir sind so gute Christen wie Ihr", schnaufte der dicke Herr von Winterbach, und Konrad Eberhard setzte spitz hinzu: „Aber wir treiben keinen Priester aus dem Tempel und schänden ihn nicht durch Bilderstürmerei."

Damit erhoben sich die Herren vom Rate und schickten sich an, die Stube zu verlassen. Der Altbürgermeister vertrat ihnen jedoch den Weg. „Ich lasse Euch mit nichten, es sei denn, daß Ihr die Ausweisung aufhebet", rief er. „Das möget Ihr von einem Rat am jüngsten Tage erwarten", beschied ihn Herr Erasmus. „Mutet uns nicht zu, daß wir über unsere gute Stadt die Ungnade und Strafe des Kaisers, der Fürsten und Reichsstände bringen, noch soll er den gemeinen Mann vollends zum Aufruhr anhetzen, wie er es allerwärts gethan, wo er gewohnt und gepredigt hat. Wendet Euch an den Ausschuß, der hat ja jetzt die Gewalt."

„Ist das Eure Meinung, Herr Bürgermeister?" rief Stephan von Menzingen und entfaltete seine Arme, die er bisher über der Brust gekreuzt hatte. „Wohl, wohl! Ich bürge Euch dafür, Herr Ehrenfried, daß der Ausschuß den Dr. Karlstadt in der Stadt umgehen und seine Abenteuer bestehen lassen werde, so er sich zu Recht erbietet."

„Wir aber, der Rat, waschen unsere Hände in Unschuld", erklärte Erasmus von Muslor und eilte mit seinen Kollegen aus der Ratsstube.

Fünftes Kapitel.

Frau von Muslor wartete mit dem Mittagessen schon länger als eine Stunde auf ihren Gemahl. Während sie, zuweilen seufzend, die Daunen ihrer fleischigen Hände umeinander drehte, schaute ihre Tochter vom Fenster des Speisezimmers nach dem Vater aus. Vor dem Rathause stand ein Haufen Neugieriger, welche auf das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der beiden Räte harrten. Schon seit dem frühen Morgen waren sie versammelt. Von den Leuten auf der sonst so stillen Herrengasse — es waren vorwiegend Handwerker in ihren Arbeitsanzügen — wanderten die mattblauen Augen Sabines zum Himmel, an dem leichte, weiße Wölkchen schwebten, und blieben zuletzt an dem Storchnest auf der Turmspitze des Rathauses hängen. Es war ein uraltes Nest, dessen Bewohner heuer früher als in anderen Jahren zurückgekehrt waren. Einer von den Frühlingsboten, die von der städtischen Jugend immer mit lautem Jubel begrüßt wurden, stand in dem Neste und die Bewegung seines Kopfes deutete darauf hin, daß er die alte Heimstatt, welche von den Winterstürmen übel zugerichtet sein mochte, auszubessern beschäftigt war. Eben kam sein Genosse auf weit gespannten Schwingen daher, umkreiste das Nest und ließ sich auf dessen Rand niedrr. Vielleicht brachte er Baumaterial oder Nahrung und erzählte dann von dem, was er draußen erfahren, denn er bewegte lebhaft den langen roten Schnabel.

Wie Sabine ihnen zuschaute, stieg in ihren sonst so gleichgiltigen, ja gelangweilten Augen etwas Träumerisch-sehnsüchtiges auf. Ihre Freundin lehnte mit gekreuzten Füßen in einem Sessel und las in einem fliegenden Blatte. Die breitgerundeten Spitzen ihrer über den Zehen gepufften Schuhe lauschten unter dem Saum des dunkelblauen, mit Silber gegürteten Wollenkleides hervor. Das aufgeflochtene Haar krönte wie ein Diadem ihr Vorderhaupt. Das zu Nürnberg gedruckte Blatt erzählte von einer jungen, römischen Kaiserin, die mit einem Ritter ihrem alten Gemahl die Ehe bricht, wovon diesem ein Horn auf der Stirn wuchs, und wie es die Ehebrecherin durch die List, daß sie sich vor den Augen des Betrogenen von ihrem Liebsten mit Gewalt umarmen läßt, es möglich macht, sich rein zu schwören, ohne daß ihr das Bild der Wahrheit die Finger abbeißt, daß sie dabei in dessen Mund legen muß, worauf dann das Horn von der Stirn des alten Kaisers abfällt. Der derbe Poet war ein wunderlicher Fraunlob, den er zu Anfang seines Gedichts anruft; denn zum Schlusse legt er es dem alten Kaiser selbst in den Mund, daß man die Frauen nicht schmälen dürfe, wenn sie manchen weisen Mann zum Thoren machten. Er würde dadurch nicht weiser. Durch Frauenliebe hätte sich Adam schwer versündigt, sei Troja zerstört, Holofernes getötet und der starke Simson geblendet worden. Auch Aristoteles hätte sich aus Liebe vergangen, sowie der große Alexander, Absalon, König David und der weise König Salomon.

Die schöne Gabriele nahm an der laxen Moral des ungenannten Dichters keinen Anstoß, obgleich sie das Blatt mit einer fast heftigen Geberde wegwarf. Es erinnerte sie an Max Eberhard, den sie trotz ihrer verführerischen Reize nicht bezwungen hatte. Die Wunde brannte noch immer.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0002

Oestreich. Straßenkämpfe in Lemberg. Zwischen streikenden Bauarbeitern und der Polizei, sowie Militär kam es zu wiederholten Zusammenstößen, wobei von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde. 20 Arbeiter wurden durch Säbelhiebe, drei durch Gewehrschüsse verwundet. Fünf Husaren wurden durch Steinwürfe verletzt.

Im Abgeordnetenhause brachte Genosse Daszynski eine Dringlichkeitsinterpellation über die Vorgänge ein. Er nannte die jetzige Regierung ein Ministerium des Massenmordes. Ministerpräsident Körber erklärte, er hätte keine Nachrichten über die Vorgänge.

— Abermals wird eine Spionage-Affaire aus Galizien gemeldet. Man scheint jetzt sehr streng gegen Spione einzuschreiten, die Rußland in großer Zahl in Galizien hat. So wurden unter dem Verdacht, Spionage für Rußland ausgeführt zu haben, in Tarnopol der Handlungsgehilfe Theophile Janowicz und in Halicz sein Vater verhaftet.

Spanien. Neue Streikunruhen. Nach einem Telegramm aus Badajoz griffen am Sonntag Ausständige der Straßenbahn die Gendarmerie an, welche drei ihrer Genossen verhaftet hatte. Es kam zu einem Handgemenge, in welchem Schüsse gewechselt wurden. 36 Personen wurden verhaftet, drei, darunter ein Gendarm, wurden verwundet.

In Barcelona ist nach einem weiteren Telegramm die Mehrzahl der Arbeiter der Elektrizitätswerke, welche die Stadt mit Licht versorgen, in den Ausstand getreten. Die Ruhestörungen werden auch dort nicht lange auf sich warten lassen.

Rußland. Späte Einsicht. Die Regierung beschloß, um die Bauern zu beruhigen, denselben die Steuerrückstände im Betrage von 20 Millionen Rubel zu erlassen.

— Wieder ein Märtyrer der Freiheit. Der Attentäter Leckert, welcher bekanntlich den Generalgouverneur Wahl verwundete, wurde zum Tode verurteilt.

England. Ein englischer Zollverein. In England sowohl als in den Kolonien macht sich eine immer stärkere Strömung für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der Kolonien mit dem Mutterlande geltend. Bekannt sind die diesbezüglichen Aeußerungen des Premierministers Seddon von Neu-Seeland und anderer australischer Politiker. Nächst Australien ist es vor allem Kanada, welches, um sich gegen die Konkurrenz der Vereinigten Staaten zu schützen, für einen englischen „Zollverein" eintritt. In einer Resolution, welche kürzlich von der Handelskammer von Montreal angenommen wurde, wird die Zollvereinigung mit dem Mutterlande im Interesse des Absatzes der Kolonialprodukte gefordert. Noch weiter geht eine Kundgebung der „British Empire League" von Kanada, in welcher verlangt wird, daß in den englischen Häfen eine Steuer von 5—10 Proz. des Wertes von allen ausländischen (nicht aus englischen Kolonien kommenden) Gütern zu erheben. — Werden auch diese letzteren weitgehenden Forderungen nicht erfüllt werden können, so dürfte es bei der in Aussicht stehenden Zusammenkunft der Premierminister und Gouverneure der englischen Kolonien sicher zu einem Vertrage kommen, welcher das bisher von der englischen Politik befolgte Freihandels-Prinzip durchbricht und das britische Weltreich von einer mehr oder weniger starken Zollmauer umgiebt.

Der Grundstein dieses englischen Zollvereins soll der Kornzoll werden, der gleichzeitig die den Finanzen des Mutterlandes geschlagenen Wunden heilen soll. Freilich besteht im Lande eine starke Strömung, die gegen den Korn- und Brotzoll gerichtet ist. Zur Zeit, wo man bezüglich der Friedensaussichten in Südafrika sehr sanguinisch ist, glaubt man, daß mit Beendigung des Krieges in Südafrika auch ein Widerruf des Kornzolles erfolgen werde. Daran wird aber bei der gegenwärtigen imperialistischen Politik Englands nicht zu denken sein. Der erwähnte Zollverein braucht den Kornzoll. Es kann sich nur darum handeln, ob der Verein bald gegründet werden wird, wie es Chamberlain erstrebt, oder ob die Ansicht des Lord Salisbury siegen wird, der die Verhältnisse für den Zollverein noch nicht für reif hält und eine abwartende Stellung einnehmen will.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter.

(Schluß.)

In seinem Schlußworte zur Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes geht Wollmann auf die Beschwerden gegen die Taktik des Vorstandes ein. Nach einigen Erwiderungen durch die Vertreter der angegriffenen Zahlstellen wird mit 17 gegen 14 Stimmen die bisherige Taktik des Vorstandes als vollkommen richtig anerkannt, dem Vorstand vollstes Vertrauen ausgesprochen und somit dem Vorstande Entlastung erteilt. Dem Kassierer und dem Redakteur wird sodann einstimmig Entlastung erteilt.

Hiernach wird zur Beratung der vorliegenden Anträge zum Statut usw. geschritten. Von den hierbei gefaßten Beschlüssen ist von besonderer Bedeutung derjenige, wonach den Mitgliedern sofort und nicht wie bisher nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft vom Vorstand voller Rechtsschutz gewährt werden kann, wenn die Organisation ein Interesse an der Austragung des Streitfalles hat bezw. der Fall von prinzipieller oder allgemeiner Bedeutung ist. Des weiteren wird über verschiedene das Verbandsorgan betreffende Anträge verhandelt.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen berichtet Herder über die Thätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Kassenverhältnisse bezüglichen Anträge. Die Kommission empfiehlt die Einführung der Versicherungspflicht nach dem Durchschnittsverdienst obligatorische Beitragsklassen). Sämtliche Diskussionsredner erklären sich prinzipiell hiermit einverstanden. In namentlicher Abstimmung wird der prinzipielle Vorschlag der Kommission mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Eine lebhafte Debatte ruft der Antrag des Vorstandes hervor, daß nicht mehr 5 Zahlstellen das Recht haben sollen, eine allgemeine Mitglieder-Abstimmung herbeizuführen, sondern hierzu 20 Zahlstellen erforderlich sein sollen. Dieser Antrag wird abgelehnt; ein anderer Antrag, wonach 10 Zahlstellen dieses Recht zugestanden wird, mit großer Mehrheit angenommen. Ferner wird eingehend über die Arbeitsnachweis-Frage verhandelt. Von mehreren Zahlstellen ist der Antrag gestellt worden, den Arbeitsnachweis obligatorisch im Verbande einzuführen, und dadurch den jetzt bestehenden Zwang, daß arbeitslose Mitglieder sich direkt beim Fabrikbesitzer um Arbeit bemühen müssen, aufzuheben. Der Antrag bezügl. des obligatorischen Arbeitsnachweises wird gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Fürther-Nürnberg angenommen, wonach der Vorstand beauftragt wird, diese Frage eingehend zu prüfen und den Zahlstellen Vorschläge zur Einrichtung lokaler Arbeitsnachweise zu machen. Ferner wird ein Antrag Berlin angenommen, welcher besagt, daß Mitglieder an Orten, wo ein vom Vorstand anerkannter Arbeitsnachweis besteht, nicht ohne Vermittelung oder Genehmigung dieses Arbeitsnachweises in Arbeit treten dürfen.

Von der Zahlstelle Weißwasser ist ein Antrag eingegangen auf Einführung permanenter statistischer Erhebungen über die Löhne der Mitglieder. Der Antrag wird angenommen. Ein weiterer Antrag, eine die gesamten Berufsverhältnisse umfassende Statistik betreffend, wird dem Vorstand überwiesen.

Die Kommission zur Sanierung der Kassenverhältnisse hat eine genau ausgearbeitete Vorlage über die Festsetzung der Beiträge entsprechend den Durchschnittslöhnen und der Unterstützungssätze eingebracht. Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. Folgende sind die Hauptbestimmungen, die hiermit festgelegt wurden:

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich seinem Verdienst entsprechend zu versichern und zwar bei einem Durchschnittsverdienst

bis 8 M.	in die	4 M.	Unterstützungsstufe.	Beitrag	10 Pf.
8—12	„ „ „	6 „	„	„	20 „
12—15	„ „ „	8 „	„	„	25 „
15—18	„ „ „	10 „	„	„	30 „
18—21	„ „ „	12 „	„	„	35 „
über 21	„ „ „	14 „	„	„	40 „

Für männliche Mitglieder soll der Beitrag mindestens 25 Pf., für Lehrlinge und weibliche mindestens 10 Pf. betragen. Die Zahlstellen-Verwaltungen sollen am Schluß des Jahres den Jahresverdienst der einzelnen Mitglieder feststellen und daraus den Wochenbeitrag für das laufende Jahr berechnen. Die Unterstützungen sollen bei Arbeitslosigkeit gewährt werden:

nach 1jähriger Mitgliedschaft	bis	zu	6	Wochen
„ 2 „	„	„	„ 8	„
„ 3 „	„	„	„ 10	„
„ 4 „	„	„	„ 12	„
„ 5 „	„	„	„ 14	„

Das Prämiensystem, wonach Mitglieder, die den Beitrag mehr als 5 oder 10 Jahre angehören, Extra-Unterstützung erhalten, wurde beibehalten. Der Beitrag für das Verbands-Organ wurde für männliche Mitglieder von 25 auf 50 Pf. pro Quartal erhöht, er beträgt für Lehrlinge und weibliche Mitglieder 25 Pf. Außerdem ist noch zu bemerken, daß der Prozentsatz von den Beiträgen, der den Zahlstellen verbleibt, von 15 auf 8 Prozent herabgesetzt wurde.

Eine kurze Diskussion ruft ein Antrag des Vorstandes hervor, durch den der Vorstand ermächtigt wird, in dringenden Fällen die Erhebung von Extrasteuern auf die Dauer von 13 Wochen anzuordnen. Der Antrag wird angenommen. — Dann wird über die das Schiedsgericht betreffenden Anträge verhandelt und die Frage, wie weit dessen Befugnisse gehen sollen, eingehend diskutiert. Es wird beschlossen, diese Institution in Zukunft als „Beschwerdekommission" zu bezeichnen. Bezüglich des Beihilfefonds wurde beschlossen, die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen und die Bestimmung getroffen, daß die Beihilfe einschließlich der Leistungen aus Krankenkassen den Durchschnittsverdienst der Mitglieder im letzten Jahre nicht übersteigen darf. Beim Punkte Agitation führte der Referent Hoffmann-Illmenau aus, daß es notwendig sei, mehr als bisher auf diesem Gebiete zu leisten und größere Mittel dafür aufzuwenden. Er begründete eingehend den Antrag, das Verbandsgebiet in Gaue einzuteilen und besoldete Gauleiter anzustellen. Besonders weist der Redner auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Arbeiterinnen hin. — Wollmann als Korreferent führt aus: Die Frauen-Agitation leide oft darunter, daß zwischen gelernten Arbeitern und Arbeiterinnen ein Klassenunterschied gemacht werde. Man müsse die Arbeiterinnen als gleichberechtigt behandeln, in den Versammlungen mehr Rücksicht auf sie nehmen. Die Gaueinteilung mit besoldeten Gauleitern einzuführen, hält Redner nicht für vorteilhaft. — Nach längerer Diskussion wird die Einteilung in Gaue abgelehnt.

Craatz-Berlin referierte zum Schluß über den Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte nach der Vorlage der Generalkommission für den Gewerkschaftskongreß. Die Generalversammlung beschließt, von einer Stellungnahme hierzu abzusehen und den Delegierten des Verbandes auf dem Gewerkschaftskongreß die Entscheidung in der Frage zu überlassen. Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß eine solche Einrichtung geschaffen wird, und hält es für Pflicht, daß der Verband die volle Betragsleistung für seine Beamten übernimmt. — Zur Gehaltsregulierung der Beamten des Verbandes wird auf Antrag des Vorstandes beschlossen, als Mindestgehalt 2000 Mark, für Hilfsbeamte 1800 Mk. festzusetzen.

Es wurde beschlossen, den Vorort des Verbandes in Charlottenburg zu belassen. Als Sitz der Beschwerdekommission wurde Ilmenau gewählt. — In den Vorstand wurden gewählt: als Verbandsvorsitzender Wollmann, als Schriftführer Schneider, Kassierer Herden, Hilfsbeamter Tobias. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Craatz, als Redakteur der Ameise Richard Jahn gewählt.

Das neue Statut soll am 1. Juli in Kraft treten. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Berlin gewählt.

Der Sanden-Prozeß.

In der Verhandlung am Montag wird zunächst die Frage erörtert, ob die Erhöhung des Aktienkapitals eine Vermehrung der Betriebsmittel bedeute. Während die Verteidigung und die Angeklagten dies bestreiten, beruft sich Staatsanwalt Dr. Beck auf das Gutachten des Direktors der Rheinischen Hypothekenbank, Geh. Rat Dr. Hecht. Dieser bestätigt die Behauptung des Staatsanwalts. Schon das Agio, das durch die Erhöhung des Aktienkapitals erzielt werde, erhöhe die Betriebsmittel. Es sei z. Z. ein starker Rückfluß von Pfandbriefen erfolgt. Deshalb habe eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen werden müssen. Daß sich die Bank damals in einer Notlage befand, gehe doch aus dem Umstande hervor, daß sie ihr eigenes Bankgebäude mit fremden Hypotheken belastete.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bollert, beantragt die Ladung des Hypothekenmaklers Salomon, welcher bekunden soll, daß Hypothekenbanken, um höhere Dividenden und Tantiemen herauszuwirtschaften, auch genötigt seien, riskante Geschäfte zu machen. Der Gerichtshof lehnt diesen Antrag ab, weil die Vernehmung Salomons überflüssig sei.

Es wird darnach der Direktor der deutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, Landesökonomierat Nobbe, als Zeuge aufgerufen. Er sagt aus, er habe zum Kuratorium der Preußischen Hypothekenaktienbank gehört. Er habe aber bald eingesehen, daß die Preußische Hypothekenaktienbank und die Deutsche Grundschuldbank nicht auf reeller Grundlage beruhten. Da seien Hypotheken der ersteren von der letzteren übernommen worden, ohne daß eine entsprechende Aenderung im Grundbuche vorgenommen worden sei. Derartige Manipulationen hätten ihn veranlaßt, aus dem Kuratorium auszutreten. Heinrich Schmidt habe ihm auch einmal geschrieben: „Wir werden noch einmal alle nach Moabit kommen."

Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Angeklagte Heinrich Schmidt mit dieser Bemerkung gemeint habe, erwidert Schmidt, er sei nicht der Meinung gewesen, daß Eduard Sanden etwas Unrechtes begehe; sein Fehler sei lediglich seine Schwäche gewesen; er habe sich zu sehr beeinflussen lassen. Zeuge Bankier Berghalter-Potsdam, der Aufsichtsratsmitglied der Preußischen Hypothekenaktienbank war, bekundet, er habe die Auffassung gehabt, daß die Deutsche Grundschuldbank als Ablegerungsstätte für faule Hypotheken gegründet worden sei. Ferner erzählt Zeuge, daß eine angeblich abgetragene Schuld der Rixdorfer Brauereigesellschaft von 100 000 Mk. aus den Büchern nicht zu ersehen gewesen sei.

Ebenso sei nicht zu ersehen gewesen, ob und in welcher Weise die Unterschlagung des Kassierers von Ammolz von 360 000 Mk. gedeckt worden sei. Die Angeklagten bemerken, die abgetragene Schuld der Rixdorfer Brauerei sei vollständig richtig gebucht und die Unterschlagung der 360 000 Mk. sei durch Hypotheken gedeckt worden. Die Sachverständigen werden ersucht, die Bücher hierüber zu prüfen. Alsdann werden mehrere Gruppen vernommen, die über Geschäfte berichten, die die Bankengruppen gemacht habe.

Zeuge Buchhalter Eugen Göritz meint, die Gesellschaft hätte nicht nötig gehabt, Konkurs anzumelden; sie hätte in aller Ruhe liquidieren können. Der gerichtliche Bücherrevisor Heß (Stettin), der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wird, kann nicht sagen, ob die 1896 begründete Grunderwerbsgesellschaft für Berlin und Vororte den Konkurs habe anmelden müssen. Er bitte, ihm noch eine Nachprüfung zu gestatten. Eine Beeinflussung der Grunderwerbsgesellschaft von Seiten der Preußischen Hypothekenaktienbank halte er vom kaufmännischen Standpuncte aus nicht für verwerflich. Zeuge Hauptkassierer Rudolf Seydlitz sagt aus, bei der Preußischen Hypothekenaktienbank seien zwei Kassen gewesen, eine für den Bankverkehr, die andere für den Hypothekenverkehr. Die Verhältnisse des Bankhauses Anhalt u. Wagner Nachf. hätten schon Ende der 1880er Jahre als mißliche gegolten. Die Preußische Hypothekenaktienbank habe nach Belieben Pfandbriefe ausgegeben, ohne die erforderliche Hypothekendeckung zu haben.

Der Angeklagte Heinrich Schmidt bezeichnet dies als eine Unwahrheit. Er bemerkt, die Führung zweier Kassen sei vielfach üblich. Die Masse müsse aber schließlich in einer Hand wieder vereinigt werden. Ein Hypothekenbank-Direktor müsse sowohl über den Bank- als auch über den Hypothekenverkehr vollständig unterrichtet sein. Der gerichtliche Konkursverwalter Dielitz giebt eine eingehende Schilderung über die Verhältnisse der Grunderwerbsgesellschaft. Er sei der Meinung, daß der Konkurs dieser Gesellschaft sich hätte vermeiden lassen. Die Verhandlung wird Dienstag vormittag fortgesetzt.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle a. S., 2. Juni.

Falsche Biermarken. Der Lohnkellner Jakobs von hier war vom Schöffengericht in Eisleben wegen Betrugs zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er gelegentlich des Eislebener Wiesenmarktes bei dem Wirt Heinrich als Lohnkellner 51 falsche Messingblechmarken die zum Markieren der entnommenen Speisen und Getränke dienen sollten, mit untergeschoben hatet. Der Angeklagte hatte gegen das Schöffengerichtsurteil Berufung eingelegt und bestritt, daß die dort in Verkehr gebrachten Marken von ihm herrühren. Angestellte Ermittlungen ergaben aber, daß der Angeklagte zur Zeit des Wiesenmarktes in einem hiesigen Eisengeschäft eine Anzahl solcher Marken gekauft hatte. Er behauptet aber, diese Marken erst nach dem Wiesenmarkt und zwar zur Gründung eines eigenen Geschäfts gekauft zu haben. Das Gericht erkannte aber auf Verwerfung der Berufung.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen die verehel. Anna Frieda Henselius aus Bitterfeld. Am 20. Oktober v. J. hatte die H. mit einem Arbeiter Kröbel Bekanntschaft gemacht. K. zeigte der H. eine Damenuhr und die H. bat den K. ihr doch die Uhr zu einer Geschäftsreise nach Leipzig zu borgen. K. ging darauf ein und borgte der H. die Uhr und auch die dazu gehörige Kette. Am Abend des Tages sollte die Uhr und Kette wieder abgeliefert werden, was aber unterblieb. Die H. wurde vom Bitterfelder Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, wogegen der Amtsanwalt und auch die Angeklagte Berufung eingelegt hatten. Die Angeklagte behauptete heute aber, sie habe jene Sachen nicht unterschlagen, sondern geschenkt bekommen, weil der Arbeiter Kröbel mit ihr in intimen Verkehr gestanden habe. Kröbel bestritt dieses aber mit aller Entschiedenheit und so kam das Gericht zur Verwerfung der Berufung.

Böse Folgen hatte eine Gutmütigkeit der Witwe Gotthardt aus Merseburg. Die Angeklagte hat nach dem Tode ihres Mannes eine Schulkastellanstelle übernommen und in der Zeit vom Oktober bis Dezember v. J. gestattet, daß zwei Frauen, die in der Schule das Reinemachen zu besorgen hatten, ab und zu in einem Handkörbchen einige Briketts mitnahmen. Als die Frauen einmal ertappt wurden, erklärten sie, Frau Gotthardt habe gesagt, es käme nicht so genau darauf an. Die beiden Reinemachefrauen wurden wegen Diebstahls und die Gotthardt wegen Beihilfe zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Die von der Gotthardt hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Besonders schwer würde die Angeklagte getroffen, wenn sie dadurch auch noch ihre Stelle einbüßen sollte.

Ein erheblicher Geldbetrag, etwa 600 Mk., wurde am Abend des 19. März aus der Wohnung des Gastwirts Golle in Bitterfeld aus einem Wandschränchen entwendet. Als Täter wurde zunächst der bei Golle wohnende Böttcher Hermann Garstock ermittelt, der den Arbeiter Kleie von dort zu der That angestiftet haben soll. Kleie wollte die That auf sich nehmen, damit Garstock später, wenn er, K., Strafe abmache, die Familie unterstützen könne. Kleie verriet aber den Garstock später, um eine mildere Strafe zu bekommen. Beide Angeklagten sind bisher unbestraft. Das Geld wurde bis auf 228 Mk., die wieder in Besitz des Eigentümers gelangten, verbraucht. Beantragt wurde gegen beide Angeklagte je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 2 Jahr Ehrverlust. Das Urteil lautete aber gegen Garstock, der als die Seele des Ganzen angesehen wurde, auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust und gegen Kleie auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Soziales.

— **Ein Eiertrust in der Schweiz.** Unter dem harmlosen Namen einer ersten schweizerischen Eierverkaufsgenossenschaft ist vor einiger Zeit mit der üblichen biedermännischen Miene im Kanton Bern eine Organisation geschaffen worden, die sich nun als ein Trust entpuppt. Es werden in weiten Gegenden herum Eiereinkäufe gemacht und Verträge mit den Produzenten angestrebt, um die Lieferungen zu erhalten und sodann den Abnehmern und Konsumenten hohe und gewinnreiche Preise diktieren zu können. Sogar die Aufhebung des Eiermarktes wird angestrebt.

Litteratur.

Von der **Gleichheit,** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben Nr. 12 des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schutz unseren Kindern! II. — Zum Halleschen Lehrerinnentag. Von M. Kt. — Zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen. III. IV. Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Sie kann durch die Post oder durch jede Volksbuchhandlung bezogen werden und kostet vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.

Der **Wahre Jakob** hat soeben die Nr. 12 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Die zweifarbigen Bilder Kinderschutz auf dem Lande und Die Toleranten bei der Arbeit geißeln die Heuchelei auf den Gebieten der Sozialreform und die Frömmigkeit. Auch der textliche Inhalt der Nummer befriedigt. Leider kann nicht verschwiegen werden, daß seit geraumer Zeit der Wahre Jakob an Schärfe der politischen Satiere, deren Pflege seine Hauptaufgabe sein muß, ganz bedeutend gegen früher nachgelassen hat. Th.

Die **Sozialistischen Monatshefte** haben das Juniheft ihres VII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Eduard Anseele: Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht in Belgien. — Eduard Bernstein: Der Kampf in Belgien und der politische Massenstreik. — Hjalmar Branting: Die Generalstreikprobe in Schweden. — Wolfgang Heine: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. — Otto Olberg: Eine Theorie der sozialen Umwälzungen. — Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo): Unsere Forderungen an die Kommunen. Dr. Leo Winter: Die Sprachenfrage in Böhmen. — Fanny Imle: Die Arbeitslosen-Unterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — Henriette Fürth: Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter. — Rundschau.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0003

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.

3.24 V. — 5.45 V. — 7.50 V. S. 1-3. — 10.00 V. D. 1-2. — 10.26 V. S. — 10.32 — 10.48 V. S. 1-3 11.22 V. S. 1-3. — 11.30 — 1.09 N. D. 1-2. — 1.16 N. — 2.10 N. — 4.00 N. S. 1-3. — 5.45 N. — 7.20 N. [bis Merseburg]. — 7.50 N. S. 1-3. — 9.50 Ab. [fährt bis Köfen]. 2-3. — 10.55 Ab. 11.31 Ab. D. 1-2. — 11.46 Ab.

Richtung Berlin.

3.44 V. S. 1-3. — 4.45 V. D. 1-2. — 5.00 — 6.56 V. D. 1-2. — 7.03 V. — 9.06 V. S. 1-3. — 11.00 V. — 2.10 N. — 2.46 N. D. 1-2. — 3.20 S. — 4.41 N. D. 1-2. — 5.38 N. S. 1-3. — 5.45 N. — 6.44 Ab. S. 1-3. — 8.17 Ab. S. 1-3. — 8.50 Ab. [bis Wittenberg]. — 9.28 Ab. D. 1-2. — 12.22 Ab.

Richtung Leipzig.

2.57 V. — 4.33 V. — 5.43 V. — 7.30 V. — 7.45 V. S. 1-3. — 8.30 V. S. 1-3. — 9.15 V. — 10.22 V. — 10.48 V. S. 1-3. — 12.15 N. — 1.40 N. — 3.19 N. — 5.07 N. S. 1-3. — 5.35 N. S. 1-3. — 6.30 N. — 7.16 Ab. — 8.42 Ab. — 9.23 Ab. — 10.30 S. 1-3 — 10.50 S. 1-3 — 11.10 Ab. S. 1-3. — 12.00 Ab.

Richtung Magdeburg.

4.55 V. — 7.00 V. 1-3 — 10.00 V. — 10.57 V. S. 1-3. — 1.40 N. — 3.45 N. — 5.53 N. 7.14 Ab. S. 1-3. — 8.51 Ab. — 10.42 Ab. S. 1-3. — 12.22 Ab. [fährt bis Köthen].

Richtung Eisleben-Nordhausen-Kassel.

5.25 V. — 6.57 V. [fährt bis Sangerhausen]. — 7.00 V. — 9.10 V. — 11.02 V. S. 1-3. — 12.15 Mitt. [fährt bis Eisleben]. — 2.15 N. — 3.54 N. D. 1-2. — 4.02 N. 1-3. — 6.00 N. — 9.30 Ab. [fährt bis Eisleben]. — 10.40 Ab. S. 1-3. — 11.31 Ab.

Richtung Aschersleben.

4.50 V. — 6.32 S. 1-3. — 7.55 — 11.32 — 1.41 N. S. 1-3. — 3.42 — 6.18 N. — 10.39 Ab. [ab Halberstadt Schnellzug].

Richtung Sorau-Guben.

7.45 V. S. 1-3. — 7.53 V. — 11.34 V. — 3.00 N. S. 1-3. — 6.25 N. — 11.25 Ab. [fährt bis Torgau].

Richtung Hettstedt.

6.00 V. — 10.00 V. — 2.00 N. — 3.00 N. [bis Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. 6.30 — 7.30 — Außer vorstehenden fahren an Sonn- und Festtagen nach Dölau noch folgende Züge: 2.30 N., 3.30 N., 4.00 N., 4.30 N., 6.00 N., 7.00 N., 8.00 N., 9.20 N.

Ankunft:

Richtung Thüringen.

3.40 V. S. 1-3 [von München über Zeitz]. — 4.41 V. D. 1-2. — 5.38 V. [kommt von Merseburg]. — 6.34 V. [kommt von Erfurt]. — 6.52 V. D. 1-2 [von Stuttgart u. Mailand]. — 9.2 V. S. 1-3. — 9.51 V. — 12.17 N. — 1.04 N. — 2.32 N. S. 1-3. — 4.39 N. D. 1-2 [von München über Jena]. — 5.05 N. — 5.23 N. S. 1-3. — 6.40 N. S. — 8.13 Ab. S. 1-3 [v. München u. Stuttgart]. — 8.34 Ab. — 9.21 Ab. D. 1-2. — 10.48 Ab. — 11.55 Ab.

Richtung Berlin.

3.19 V. — 4.37 V. — 7.38 V. [kommt von Wittenberg]. — 9.55 V. D. 1-2. — 10.15 V. — 10.22 V. 1-3. — 10.44 S. 1-3. — 11.18 S. 1-3. — 1.05 N. D 1-2. — 2.00 — 3.40 S. — 3.50 D. 1-2. — 5.19 — 7.32 Ab. S. 1-3. — 9.04 Ab. — 10.32 Ab. D. 1-2. — 11.18 Ab. — 11.27 D. 1-2.

Richtung Leipzig.

4.45 V. — 6.20 V. — 6.30 V. S. 1-3 — 6.50 S. 1-3 — 7.46 — 9.53 — 10.40 S. 1-3. — 10.55 V. S. 1-3. 1.08 N. — 1.38 N. S. 1-3. — 3.37 N. — 4.28 N. — 5.30 N. — 6.53 N. [verkehrt nur Werktags]. — 7.10 N. S. 1-3. — 7.55 Ab. — 8.41 Ab. 1-3. — 9.41 Ab. — 10.24 Ab. — 10.40 Ab. S. 1-3. — 12.16 Ab.

Richtung Magdeburg.

2.45 V. — 6.40 V. [kommt von Köthen]. — 7.38 V. S. 1-3. — 8.27 V. S. 1-3. — 9.48 V. — 10.39 V. S. 1-3. — 1.00 N. — 3.11 N. — 5.03 N. S. 1-3. — 7.00 Ab. — 9.14 Ab. — 10.28 Ab. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Eisleben.

6.45 V. — 7.20 V. S. 1-3. — 9.50 V. — 1.22 N. — 2.42 N. D. 1-2. — 2.55 N. S. 1-3. — 4.36 N. — 5.23 N. — 7.32 Ab. — 8.04 Ab. S. 1-3. — 10.27 Ab. — 11.00 Ab. (nur Sonn- u. Festtags)

Richtung Aschersleben.

5.37 V. [kommt von Könnern und verkehrt nur Werktags]. — 7.19 V. [von Halberstadt]. — 10.13 V. — 12.41 N. — 4.57 N. — 5.32 N. S. 1-3. — 9.14 Ab. — 10.48 Ab. S. 1-3 — 11.38 Ab.

Richtung Sorau-Guben.

6.36 V. [kommt von Torgau]. — 10.16 V. — 1.02 N. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien]. — 3.35 N. [kommt von Cottbus]. — 7.43 Ab. — 10.04 Ab. — 10.28 Ab. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien].

Richtung Hettstedt.

6.44 V. — 12.25 N. — 4.20 N. [von Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. — 5.21 N. 7.20 N. — 9.05 Ab. — Außer vorstehenden kommen an Sonn- und Festtagen von Dölau noch folgende Züge: 2.50 N., 3.20 N., 3.50 N., 5.50 N., 6.20 N., 6.50 N., 7.50 N., 8.50 N., 10.10 Ab.

Sozialdemokrat. Verein Merseburg.

Donnerstag den 5. Juni abends 8½ Uhr in der „Funkenburg"

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bundesrat und Reichstag. Referent: Genosse **O. Mittag.** 2. Vereinsangelegenheiten.

Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Osborgs Bellevue.

Morgen Mittwoch nachm. von 3½ Uhr an

Großes Familien-Frei-Konzert.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Halle.

Sonntag den 8. Juni in Osborgs Bellevue, Lindenstraße

16. Stiftungsfest

bestehend in **Konzert, Blumen- und Spielzeugverlosung, Kinderspielen, Lampionzug und Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**

Anfang 3½ Uhr.

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt.

Programms sind an der Kasse und bei W. Grothe, „Weißes Roß", zu entnehmen.

Gesangverein „Südwest".

Sonntag den 8. Juni auf „Preßlers Berg"

grosses Sommerfest.

Der Vorstand.

Die Völker der Erde.

Von **Dr. Kurt Lampert.**

Eine Schilderung der Lebensweise, Sitten, Gebräuche, Feste und Zermonien aller lebenden Völker.

Mit etwa 650 Abbildungen nach dem Leben.

35 Lieferungen zu je 60 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Geiststrasse 21.

Dirigent

für Männerchor (Mittwochs) und gemischten Chor (Freitags) per Anfang Juli cr. gesucht. — Offerten mit Ansprüchen schriftl. bis 15. d. M. nach dem „Konzerthaus", Karlstraße 14, erbeten.

Arbeiter-Bildungs-Verein Halle a. S.

Für Zeitz und Umgegend

empfiehlt sich als **reelle und billige** Bezugsquelle für

Modewaren, Wäsche, Posamenten und Arbeiter-Garderobe

Ernst Schneble, Zeitz

Wasservorstadt 8.

Tanz-Unterricht.

Eröffne Sonntag den 8. Juni nachmittag 4 Uhr einen Schnell-Kursus nur für sämtliche Rundtänze. Honorar mäßig. Gefl. Anmeldungen erbittet

Ad. Fröbe, Tanzlehrer, Henriettenstr. 32, II.

Geschichte des Sozialismus.

Herausgegeben unter der Redaktion von **E. Bernstein** und **K. Kautsky.**

Inhalt:

1. Band. **Die Vorläufer des neueren Sozialismus,** bearbeitet von **K. Kautsky, P. Lafargue, E. Bernstein, Dr. E. Hugo.**
2. Band. **Der Sozialismus in England und Frankreich** während der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, bearbeitet von **E. Bernstein** und **G. Plechanow.**
3. Band. **Geschichte der deutschen Sozialdemokratie** von ihren ersten Keimen bis zur Gegenwart. Von **Franz Mehring.**
4. Band. **Geschichte des Sozialismus der letzten Jahrzehnte in den verschiedenen modernen Ländern** mit Ausnahme Deutschlands.

In 14tägigen Lieferungen **à 20 Pf.**

Zu beziehen durch sämtliche Austräger und

Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller**

nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes. In den elektrisch beleuchteten und illuminierten Gartenanlagen täglich abends 8 Uhr: **Gr. Konzert und Vorstellung.**

Neu engagiertes Künstlerpersonal: **Bregant und Rossini,** genannt „1 mtr. und 2 mtr.", urkomische Excentrik-Szene: „Ein Rendezvous bei der Sennerin". **Rheingold-Trio,** das beste humoristische Herrenterzett. **3 Alfredos,** Kraft-Gladiatoren. **Brothers Balzer,** Trambolin-Akrobaten. **Richard Reichert,** Humorist mit seiner komischen Szene: Der Lump auf dem Rade. **A. Rothelly,** Gentleman-Jongleur. **Steplanie Verrier,** Kostüm-Soubrette.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**

Mittwoch den 4. Juni nachm. 4 Uhr:

Damen-Kränzchen,

verbunden mit

gr. Konzert

des **gesamten Theaterorchesters.**

Entree frei. Entree frei.

1/1 und 1/2 Portionen Kaffee, div. Gebäck ꝛc.

Mittwoch **gr. Schlachte-Fest.** **Adolf Wackernagel,** Viktor Scheffelstraße 3.

Morgen Mittwoch **Schlachtefest.** **E. Plate** Schimmelstraße 17.

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.** **Oskar Heller,** Steinweg 32.

Telephon 2179.

Prima Wurst-Waren aus reinem Schweinegut empfiehlt

G. Gerig, Rosenstraße 2.

Inserate

sowie Abonnements

fürs Volksblatt

nimmt an

Fr. Röder,

Naumburg, Michaelisstraße 16.

In vorzüglichen Qualitäten empfiehlt nur selbstgefertigte Waren:

Drellhosen u. Jacketts, Waschhosen kariert u. gestr. blaue Drelljacketts.

W. A. Kyritz,

Trödel 2 am Markt.

Ein grauer **Papagei** entflogen. Geg. Belohn. abzug. Gr. Brunnenstr. 24.

Internationale Bibliothek. Serie I.

Marx ökonomische Lehren von K. Kautsky. Broschiert 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Weltschöpfung und Weltuntergang von R. Bommeli. Broschiert 3.— Mk., gebunden 3.50 Mk.

Die ländliche Arbeiterfrage. Gebunden 2.— Mk.

Charles Fourier von A. Bebel. Gebunden 2.50 Mk.

Das Elend der Philosophie von K. Marx. Brosch. 1.50 Mk., geb. 2.— Mk.

Das Erfurter Programm von K. Kautsky. Broschiert 1.50 Mk., geb. 2.—.

Die Lage der arbeitenden Klassen in England von F. Engels. Broschiert 2.— Mk., gebunden 2.50 Mk.

Der russische Bauer. Broschiert 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Gesundheitspflege des Weibes von Dr. F. Simon. Broschiert 2.— Mk., gebunden 2.50 Mk.

Etienne Cabet und der ikarische Kommunismus von H. Cabet. Broschiert 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Natürliche und soziale Religion von Dr. F. Lütgenau. Broschiert 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Tschernischewsky. Broschiert 2.50 Mk., gebunden 3.— Mk.

Dührings Umwälzung der Wissenschaft von F. Engels. Broschiert 2.50 Mk., gebunden 3.— Mk.

Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Brosch. 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Die englische Gewerkvereins-Bewegung von S. & B. Webb. Brosch. 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Revolution und Kontre-Revolution von K. Marx. Broschiert 1.50 Mk., gebunden 2.— Mk.

Der Glaube an die Menschheit von Th. Peters. Broschiert 2.— Mk., gebunden 2.50 Mk.

Lassalle F., Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden. Alle 3 Bände zusammen in Leinen gebunden 11.50 Mk.

Volks-Fremdwörterbuch. Von Wilh. Liebknecht. Preis geb. 3.20 Mk.

Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden. Mit einem Nachtrag: **Bismarck nackt.** Von W. Liebknecht.

Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. Von E. Hugo. Preis 2.50 Mk.

Leipziger Hochverratsprozeß wider Bebel, Liebknecht und Hepner. Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht. Halbfranzband 5.50 Mk.

Handelspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von K. Kautsky. Preis 30 Pf., nach auswärts 35 Pf., bei vorheriger Einsendung des Betrages.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Geiststraße 21.

Geistiges Proletariat.

Frauenfrage und Sozialismus. Von **Klara Zetkin.** Preis 25 Pf.

Die heutige Einkommenbewegung

und die

Aufgabe der Volkswirtschaft.

Von **Eduard Bernstein.** Agitations-Ausgabe. — Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Kanarien-Vögel.

Kaufe **Donnerstag** den 5. Juni junge und alte Weibchen, auch vorjährige Kanarien-Hähne im Central-Hotel.

M. Montag, Vogelhändler.

Wegen bevorstehend. Umzug verkaufe

Regulateure, Wecker, Uhren und Goldwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Otto Baumann, **Herrenstraße 23,** eine Treppe.

Slomkes Städtebuch.

Preis 1.20 Pf.

Beide Bücher mit sehr gute Karten ausgestattet.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Bilderbücher, Tornister, Schultornister, Schultaschen, Schulbücher, Schieferspitzer, Federhalter, Bleistifte, Zirkelkasten, Schreibhefte, Schieferkasten

empfiehlt billigst

Volksbuchhandlung

Geiststraße 21.

Mbl. Zimmer M. 12 ℳ, Breitestr. 18, I.

Die gegen Anna Schneider ausgesprochene Beleidigung nehme ich als unwahr zurück. **G. Koch.**

Todes-Anzeige.

Gestern mittag 11½ Uhr entschlief nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter die Witwe **Justine Bachmann** geb. Dittler im 82. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag 3 Uhr vom Südfriedhof aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 127 — Halle a. S., Mittwoch den 4. Juni 1902. — 13. Jahrg.

Der Friedensschluß mit den Buren.

Die Freude, die überall über den Friedensschluß herrscht, gilt sicher nicht den Engländern. Wenn die Uebermacht Englands die Buren auch zur Uebergabe gezwungen hat, so haben dieselben sich nur ruhmvoll und bejubelt von der ganzen Welt gebeugt. England hat infolge der Tapferkeit seines Gegners auf die vollständige Unterwerfung desselben verzichten müssen. Vor allem ist aber noch ein Moment zu beachten: was die stolzen europäischen Großmächte, was ein deutsches Reich mit seinen ewigen Friedensversicherungen, was Rußland mit seinem Friedenszaren, was Frankreich mit seiner phrasenreichen bürgerlichen Demokratie nicht fertig gebracht haben, dem räuberischen Albion Halt zu gebieten, das hat der bei den Buren lebende Trotz eines kleinen Volkes fertig gebracht, das seinen Nacken nicht eher beugte, bis ihm befriedigende Zusicherungen gegeben waren.

Was die Buren für Bedingungen von England erzwungen haben, ist immer noch nicht bekannt. England wird mit den Bedingungen keinen Staat machen können. Trotzdem wird England in Südafrika in Zukunft mit der größten Anmaßung auftreten und schon gestern sprachen wir unsere Ueberzeugung aus, daß der Friede kein dauernder sein werde. Eine Ausführung der bedeutendsten englischen Zeitung, der Times, scheint uns darin recht zu geben. Dieselben schreiben: „Wir können nun, da der Krieg beendet ist, unserer imperialistischen Aufgabe mit erneuten Kräften nachgehen, kräftiger im Bewußtsein unserer Macht und hoffnungsfreudiger denn damals, als unsere tapferen Feinde, die uns jetzt als Reichsgenossen willkommen sind, uns den Krieg aufzwangen."

In der Friedens-Angelegenheit liegen folgende Depeschen vor:

London, 2. Juni. Lord Balfour gab heute im Unterhause folgende Erklärung ab: In zwei bis drei Tagen werden wir dem Parlamente amtliche Schriftstücke unterbreiten betreffend den vollständigen Wortlaut des Friedensabschlusses und den Präliminarien. Dieser Wortlaut ist folgender:

Artikel I: Lord Kitchener, Lord Milner im Namen der englischen Regierung, sowie General Steijn, General Breuner, General de Wet, Richter Herzog in seiner Eigenschaft als Gouverneur des Oranjestaates, sowie Marschall Burger, die Generale Reitz, Louis Botha, Delarey im Namen Transvaals, von dem Wunsche beseelt, den jetzigen Feindseligkeiten ein Ende zu machen, erklären, den englischen Behörden ihre Waffen, Geschütze, Gewehre und Kriegsmunition zu überreichen und jeden neuen Widerstand gegen König Eduard, den sie als ihren rechtmäßigen Herrscher anerkennen, aufzugeben. Die Form und die Einzelheiten dieser Waffenstreckung werden zwischen Lord Kitchener und den Generalen Botha, Delarey und de Wet weiter vereinbart werden.

Artikel II: Alle außerhalb Transvaals und des Oranjefreistaates im Felde stehenden Bürger, sowie sämtliche außerhalb Afrikas befindlichen Burenkriegsgefangenen werden, nachdem sie ihre Eigenschaft als Unterthanen Englands anerkannt haben, in ihre Heimat zurückbefördert, sobald die Transportmittel und Wege gesichert sind.

Artikel III: Die Bürger, welche nach Afrika zurückkehren werden weder ihrer persönlichen Freiheit noch ihrer Güter verlustig gehen.

* * *

Die in Europa weilenden Buren haben den Abschluß des Friedens mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Es wird darüber gemeldet:

Haag, 2. Juni. Die Haltung des Präsidenten Krüger ist eine äußerst niedergeschlagene. Wie aus Burenkreisen gemeldet wird, ist Krüger besonders darüber enttäuscht, zu sehen, daß die Burenführer ihn, sowie die in Europa weilenden Delegierten verleugnet haben, da anderenfalls die Zustimmung Krügers und seiner Ratgeber von den Burenführern verlangt worden wäre. In Holland hat die Nachricht des Schlusses der Feindseligkeiten insofern Freude hervorgerufen, als die Buren in gewissem Sinne als Sieger betrachtet werden und man überzeugt ist, daß weitgehende Zugeständnisse seitens der Engländer gemacht wurden.

Rotterdam, 2. Juni. Die Nachricht von dem Friedensabschluß weckte hier größte Entrüstung und in manchen Kreisen tiefe Niedergeschlagenheit. Hier und da hegt man noch starke Zweifel, ob alle Kommandos sich dem Beschluß ihrer Führer fügen werden. Auch erwarten urteilsfähige Personen einen großen Teil der unversöhnlichsten Buren, die keinenfalls unter englischer Flage leben wollen, nach deutschem oder portugiesischem Gebiet.

Brüssel, 2. Juni. Petit bleu berichtet, daß General Louis Botha innerhalb eines Monats nach Europa kommt. Die Gattin Bothas hat ein diesbezügliches Telegramm ihres Gatten erhalten, worin dieser den Friedensschluß bestätigt. Dr. Leyds ist nach Utrecht unterwegs. Präsident Krüger weigert sich, irgendwelche Auskunft zu geben. Eine Konferenz sämtlicher Burendelegierte in Europa wird wahrscheinlich am Dienstag, spätestens Mittwoch abgehalten werden.

An englischen Preßstimmen sein außer der der Times auch noch folgende mitgeteilt:

Standard, Morningpost und Daily Telegraph sprechen die Ansicht aus, daß nur durch eine eiserne Faust die sicherste Garantie für die Zukunft geboten wäre. Daily Mail sagt: Auf dem Kontinent sei die Ansicht allgemein, daß England kriegsmüde sei und aus diesem Grunde den Frieden geschlossen habe. Das sei aber ein Irrtum. England hätte ebenso in einem wie in zehn Jahren diesen Schritt unternehmen können, um seinen Zweck zu erreichen. Wenn die Friedensbedingungen solche seien, wie sie vom Minister unlängst angekündigt worden seien, so habe England das erreicht, was es vor drei Jahren gewollt habe. Das eine sei sicher, mit der Aufgabe der Unabhängigkeit hätten die Buren thatsächlich sehr wenig verloren, sie werden behandelt werden, wie England alle Kolonien behandle und mit den Prinzipien regiert, welche die Grundlage des englischen Kolonialreiches bildeten. Daily Expreß schreibt: Wir begrüßen den Frieden mit Freude. Als Sieger besteht unsere Aufgabe darin, das Zusammenleben der Engländer und Buren zu ermöglichen. Daily News bemerken, wenn wir die Achtung dieses kleinen Volkes erlangen können, so ersparen wir uns ernste Unannehmlichkeiten. Es giebt keinen Engländer, der nicht gezwungen wäre, den Mut unserer Gegner zu bewundern.

Ueber die Aufnahme der Friedensnachricht in London wird berichtet:

Die Veröffentlichung des Friedensschlusses rief ungeheure Begeisterung hervor. Der Abschluß wurde in allen Kirchen verkündet. Die sich darauf abspielenden Szenen waren geradezu ergreifend. Ueberall wurden Dankgebete gesprochen. Alle Zeitungsbureaux hatten offizielle Berichte ausgehängt, vor denen sich große Menschenmassen drängten, die am Abend durch die Straßen zogen und patriotische Lieder sangen. Es verlautet, daß die Opposition im Unterhaus eine strenge Untersuchung über die Art fordern wird, wie der Krieg geführt worden ist.

— Der Kabinettsrat trat um 2 Uhr zusammen. Chamberlain fuhr nicht, wie gewöhnlich, in offener Droschke, sondern in seiner geschlossenen Privatkutsche vor dem Kolonialamt vor, wurde aber von den vier- bis fünfhundert Menschen, die sich am Eingang von Downing Street eingefunden haben, sofort erkannt und mit ungeheurem Jubel begrüßt. Die Menge, worunter sich eine große Anzahl eleganter Damen befanden, drängte unter Hurrarufen und Tücherschwenken auf den Wagen des Ministers zu, der, während er sonst nie eine Miene verzieht, lächelnd den Hut lüftete und Mühe hatte, sich den Weg ins Ministerium durch die ihn Umringenden zu bahnen. Den übrigen Ministern, außer Balfour, wurden keine Ovationen zu teil.

London, 2. Juni. Wie verlautet, wird das Parlament Lord Kitchener eine Dotation von 100000 Lstr. (zwei Millionen Mark) bewilligen. Gleichzeitig wird ihm König Eduard einen höheren Adelsstand verleihen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 2. Juni 1902, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Nach der Bekanntgabe einiger Beurlaubungen wird eine Petition des Restaurateurs Meißner vom Stadttheater verlesen. Meißner behauptet, durch die baulichen Aenderungen wurde der Betrieb seines Theater-Restaurants erschwert. Die Eingabe wurde der Petitionskommission überwiesen. Das Protokoll der Sitzung vom 26. Mai wurde verlesen und genehmigt, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde

1. u. 2. Die Entlastung der Rechnungen über den Fonds der Spiegelstiftung für 1900 und der ehemaligen Gemeinde Trotha für 1899 werden erteilt. Der Ref. Stadtv. Aßmann moniert, daß bei der letzteren Rechnung die Quittungen ꝛc. etwas oberflächlich behalten worden sind.

3. Die Beschaffung eines neuen Bühnenregulators für das Stadttheater führte wieder zu einer Kritik der Berechnungen und Kostenanschläge des Magistrats. In der Vorlage hieß es:

Bei Aufstellung des Kostenanschlags für den Anschluß der Beleuchtungsanlage des Stadttheaters an das Elektrizitätswerk wurde angenommen, daß es sich ermöglichen lasse, den jetzt vorhandenen für 110 Volt Spannung eingerichteten Regulator der Bühnenbeleuchtung für 220 Volt mit geringen Kosten umändern und denselben damit den vom Elektrizitätswerk für die Installation gegebenen Vorschriften anpassen zu können.

Aus diesem Grunde wurde zunächst von Beantragung der Mittel für eine Neubeschaffung Abstand genommen.

Die nach Beendigung des Spielabschnittes vorgenommenen Untersuchungen und Proben über die Möglichkeit der Verwendung des alten Regulators haben aber ergeben, daß die Betriebssicherheit desselben ohne einen vollständigen Umbau nicht erreicht werden wird. Da nun auch nach den übereinstimmenden Erklärungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin und der Firma Siemens u. Halske in Berlin ein derartiger Umbau mindestens dieselben Kosten als eine Neubeschaffung des Apparates verursachen würde, so erscheint es im Interesse der Betriebssicherheit der Bühnenbeleuchtung zweckmäßig, von einer Umarbeitung des vorhandenen Regulators abzusehen und die Aufstellung eines neuen, allen Ansprüchen genügenden, vorzunehmen.

Versammlung wird deshalb ersucht, die Neubeschaffung des Bühnen-Regulators gemäß der abgeänderten Offerte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin genehmigen und die erforderlichen Mittel in Höhe von 6170 M. à conto des Theater-Erneuerungsfonds bewilligen zu wollen.

Der Ref. Stadtv. Richter empfiehlt die Magistratsvorlage. Stadtv. Thiele stellt die Frage, ob sich die Finanzkommission an zuständiger Stelle vergewissert habe, daß dieses die letzte Forderung wegen des Umbaues im Stadttheater sei. Stadtv. Richter verneint diese Frage, da dieselbe jedenfalls zwecklos erschienen wäre. Auch der Magistrat könne nicht wissen, ob nicht eine Nachforderung komme. Stadtv. Pfaul bemundert, daß die elektrischen Arbeiten immer nur stückweise an das Kollegium gelangen. Diese Vorlage sei auch wieder ein Stückchen von dem großen Stück. Stadtbau-Inspektor Rehorst giebt dem Vorredner recht, daß ein Laie über das stückweise Zugehen der elektrischen Arbeiten sich wundern könne. Für den Techniker liege die Beurteilung der Sache nicht so schwer. Er, Redner, könne aber mit fester Ueberzeugung sagen, daß diesbezüglich keine weiteren Forderungen kommen. Stadtv. Thiele frägt an, ob der alte Bühnenregulator verkauft worden sei, eventuell welchen Erlös er gebracht habe. Stadtbau-Inspektor Rehorst entgegnet, daß der bisherige Regulator noch neben dem neuanzuschaffenden zu anderen Zwecken weiter gebraucht werden solle. Ein Verkauf des alten würde keinen Zweck haben, da doch nur der Materialwert bezahlt werde. Stadtv. Brinkmann tritt dem Magistrat insofern bei, daß er erklärt, diese Forderung sei nicht vorauszusehen gewesen. Das Kollegium habe einmal A gesagt, nun müsse es auch B und C sagen bis zum Z. Bei alten Bauten entständen zuweilen Kosten, die nicht vorauszusehen wären.

Stadtv. Thiele ist mit der Begründung Brinkmanns durchaus nicht einverstanden. Von einem alten, zu flickenden Bau könne bei dem Stadttheater gar keine Rede sein. Nachdem die gute Anlage für ein Spielgeld verschleudert worden ist, werden vom Kollegium große Summen gefordert, um nur den alten Zustand wieder herbeizuführen. Stadtv. Giese wendet sich gegen die Aeußerung des Stadtbau-Inspektors, ein Laie könne sich über die Forderung wohl wundern, ein Techniker aber nicht". Die Forderung beweise gerade, daß die Techniker sich nicht klar gewesen sind. Weshalb habe man nicht einen ganzen fix und fertigen Anschlag gemacht? Aller paar Wochen oder Monate komme man nun mit Forderungen. Es sei ganz unerhört, daß man die Mitglieder des Kollegiums nicht vollständig informiere. Der Bauinspektor Rehorst giebt nunmehr zu, daß von dem Bauamt ein Fehler gemacht worden ist. Das Kollegium stimmte der Magistratsvorlage schließlich doch mit großer Majorität gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zu.

4. Zum Abbruch des Schulgebäudes an der Neuen Promenade werden dem Magistratsantrag gemäß die noch erforderlichen 1500 Mk. nachbewilligt.

5. Zu dem Städtetag, der in der Zeit vom 11. bis 13. Juni in Dessau stattfindet, wird der Magistrat die Mitglieder Staude, v. Holly, Schulze und Schnackenburg entsenden. Der Vorsteher giebt bekannt, daß u. a. die Punkte „Arbeitsnachweis, Gesundheitskommission – Referenten Geheimrat Risel und Stadtrat Schnackenburg, Halle — Probleme der Frauenbildung, Schrebergärten und Anlage der Friedhöfe" zur Verhandlung ständen und schlägt vor, seitens des Kollegiums die Herren Kohlschütter, Spindler, Meyer und ihn zu delegieren. Da kein Widerspruch erfolgt, gelten die Vorgeschlagenen als gewählt.

6. Die Erbauung von Veranden für das Peißnitz-Restaurant führte wieder zu einer längeren Auseinandersetzung. Die Versammlung wird ersucht, die Erbauung einer Veranda neben der Felsengrotte im Garten des Peißnitz-Restaurants zu genehmigen und zu diesem Zwecke 3375 Mk. zu bewilligen.

Ferner wird Versammlung ersucht, sich mit der Erbauung einer Veranda an der Ostseite des Peißnitz-Restaurationsgebäudes, deren Kosten auf 18850 Mk. veranschlagt sind, im Prinzip einverstanden zu erklären.

Die Referenten der Bau- und Finanzkommissionen beantragen die Ablehnung der Magistratsvorlage. Die Finanzkommission läßt aber durch den Stadtv. Richter erklären, daß sie bittet, die Bedürfnisfrage anzuerkennen und die Versammlung ersucht, den Magistrat zu veranlassen, eine neue Vorlage zu machen.

Oberbürgermeister Staude erklärt, daß es für den Magistrat wichtig sei, daß auch die Finanzkommission die Bedürfnisfrage anerkannt habe. Mit Eifer werde der Magistrat eine neue Vorlage machen. Stadtv. Heiser ersucht ebenfalls, die Bedürfnisfrage zu bejahen. Stadtbau-Inspektor Rehorst weist auf die Konkurrenz durch den Zoologischen Garten hin. Bei schlechtem Wetter müsse für die Besucher der Peißnitz eine angenehme Sitzgelegenheit geschaffen werden. Man möge die Bedürfnisfrage anerkennen und die Aufstellung zweier Kolonnaden beschließen.

Stadtv. Thiele: Selbst wenn wir das Bedürfnis anerkennen müßten, würden wir uns schwer hüten müssen, die verlangte „prinzipielle" Zustimmung zu geben. Thäten wir das, so fesselten wir uns selbst für die Zukunft die Hände und gäben dem Magistrat den Strick, an dem er uns später hinter sich herziehen kann, wir möchten denn wollen oder nicht. Wir haben doch nach dieser Richtung bittere Erfahrungen genug mit dem Magistrat gemacht. Wie kommt auf einmal der Magistrat dazu, dem Gutachten des Kollegiums so großen Wert beizumessen? Das ist doch sonst nicht der Fall. Sagte doch schon vor acht Tagen der Stadtv. Schmidt, als er das Tadelsvotum gegen den Magistrat beantragte, er wisse nicht, ob's was helfen werde. Wenn jetzt der Magistrat scheinbar so großes Gewicht auf unsere „prinzipielle" Zustimmung legt, so hat er eben dabei den Hintergedanken, uns für die Zukunft zu binden, so daß wir später nicht mehr Nein sagen können. Auch wenn wir nicht prinzipiell die Bedürfnisfrage anerkennen, kann der Magistrat ruhig neue Projekte ausarbeiten; niemand hindert ihn daran, und er thut doch sonst gar vieles, wozu er von uns keinen Auftrag erhalten hat. Ich bin darum für Annahme des Antrages der Baukommission, der jetzt das Projekt strikt ablehnt. Man sagt doch, gebranntes Kind scheue das Feuer. Wir würden noch schwerer belehrbar sein als die Kinder, wollten wir in die Falle der „prinzipiellen" Zustimmung laufen.

Professor Kohlschütter spricht aus, die Peißnitz sei nicht dazu geschaffen, damit der Wirt ein gutes Geschäft macht, sondern dazu, daß die Hallenser sich dort erholen können. Glaubt denn das Kollegium, daß die Veranden auch nur einen Gast zurückhalten werde nach dem Zoologischen Garten zu gehen? Stadtv. Heiser ersucht nochmals die Bedürfnisfrage anzuerkennen, dann wisse doch der Magistrat, woran er sei und Zeichnungen kosten doch auch Geld. Stadtv. Richter ist derselben Ansicht; es müsse dem Magistrat eine Direktive gegeben werden. Die Anerkennung der Bedürfnisfrage gehe nicht, wie Herr Thiele meine, vom Magistrat aus, sondern von der Finanzkommission. — Stadtv. Thiele hält an seinem Standpunkt fest, indem er auf die Ausführungen Staudes verweist. Herrn Richter müsse er sagen, es denke mancher der Schieber zu sein, sei aber doch nur der Geschobene. — Stadtv. Giese hält die Errichtung der Veranden nach dem vorliegenden Projekte für eine Verhunzung der Peißnitz. Verschiedene Anträge, die Verschönerungskommission zu fragen ꝛc. wurden abgelehnt. Auf Vorschlag des Stadtv. Thiele wurde zuerst über den Antrag der Baukommission abgestimmt. Dieser gelangte mit 23 Stimmen zur Annahme. Damit fielen die anderen Anträge und auch die geforderte „prinzipielle" Zustimmung.

7. Der Ausbau der Viktoriastraße zwischen Schiller- und Göthestraße wird dem Magistratsantrag und den Amendements der beiden Kommissionen gemäß beschlossen. Das an den Maurermeister Kuhnt abzutretende Land (287 Quadratmeter) zu 20 M. pro Quadratmeter wurde von dem Stadtv. Thiele als viel zu billig bezeichnet. Gerade Herr Kuhnt habe, als seiner Zeit die Freiimfelder Flur zerschlagen wurde, von der Stadt für so billiges Geld Land erworben, daß er daran ungeheure Summen verdiene und den vollen Preis bezahlen könne, wenn er jetzt von der Stadt Land erwerben müsse.

8. Zur Tagesordnung übergegangen wurde über die Petition wegen Uebernahme des von der Dessauerstraße über den Galgenberg nach Giebichenstein führenden Wirtschaftsweges. Stadtv Emmer hatte ebenfalls für den Vorschlag der Petitionskommission gesprochen. Wenn die Stadt den Weg als Kommunikationsweg übernehme, dann müsse sie den Weg auch verwalten.

Punkt 9 fällt aus.

10. Ebenfalls durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wird die Petition des Damen-Stenographen-Vereins Gabelsberger, welcher in einem Schulgebäude seine Stunden abhält, und für Gas 10.40 M. bezahlen mußte und diesen Betrag erlassen haben möchte. — Gestadelt wurde vom Stadtv. Spindler, daß der Schulhausmann sich habe 48 M. für das Reinigen des Zimmers vom Vereine zahlen lassen. Stadtschulrat Brendel erklärt darauf, daß dieser allerdings hohe Preis von den Damen dem Hausmann freiwillig angeboten worden sei. — Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, auch mit diesem Verein dürfe keine Ausnahme gemacht und die Petition müsse deshalb abgelehnt werden.

11. Einen Schritt vorwärts ging das Kollegium bei der Petition wegen **Vergebung der städtischen Druckarbeiten.**

Die Halleschen tarifreuen Buchdrucker bitten, eine Verfügung erlassen zu wollen, wonach die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckereien überwiesen werden darf, welche den deutschen Buchdruckertarif bei dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker unterschriftlich anerkannt haben.

Der Referent der Petitionskommission, Stadtv. Pfaul, weist darauf hin, daß schon 1897 und später ebenfalls eine gleiche Petition an das Kollegium gekommen sei. Ebenso wie damals beantrage er auch heute, den Uebergang zur Tagesordnung. Das Kollegium dürfe sich nicht in Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter einmischen. Der Magistrat habe aber anerkannt, daß der Buchdrucker-Verband durch seine Tarifgemeinschaft segensreich gewirkt habe. Immer mehr Unternehmer hätten den Tarif anerkannt und Arbeitsverträge auf längere Jahre festgelegt. Dadurch würden gewaltsame Arbeitseinstellungen vermieden. Trotzdem und alledem möge aber das Kollegium sein früheres Prinzip, dem Besten und Billigsten die Arbeiten zu geben, (Zuruf Thieles: „gesundes Prinzip") aufrecht erhalten und noch einmal zur Tagesordnung übergehen.

Stadtv. Thiele: Die Petition zieht nur die Konsequenz aus einem für das Handelsgewerbe bereits bestehenden Gesetze. Hier wird der unlautere Wettbewerb bereits bestraft. Die Petition will nur dieses Prinzip auf das Gebiet der industriellen Produktion ausdehnen. Unlauterer Wettbewerb ist es, wenn durch Lehrlingszüchterei und Schundlöhne der billige Preis erreicht wird, der nach Herrn Pfaul maßgebend sein soll. Von den hiesigen Druckereien gehören nur sechs der Tarifgemeinschaft nicht an. Sie können um deswillen bei Ausschreibungen billig sein, weil sie den Setzern nicht die anständigen Löhne bezahlen. Im Interesse der Stadt liegt es aber, steuerkräftige Bürger zu bekommen.

Was nun der Magistrat auf der einen Seite durch scheinbar billigere, aber nicht bessere Arbeit profitiert, das büßt er auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0005

der anderen Seite doppelt und dreifach wieder ein an Steuern. Vor acht Tagen wurde hier im Kollegium auf England exemplifiziert; nehme man jetzt England auch einmal als Beispiel. Dort werden überhaupt alle städtischen Arbeiten, ob Maurer-, Zimmer- oder andere, an solche Unternehmer vergeben, die anständige, mit den Gewerkschaften vereinbarte Löhne zahlen. Dadurch werden Lohnkämpfe vermindert und wirtschaftliche Zuckungen vermieden. Er, Redner, möchte auch darauf hinweisen, daß der Bürgermeister Schneider in Magdeburg, früher in Halle und jedenfalls bei den Stadtverordneten noch in guter Erinnerung, am 6. März außerordentlich lebhaft für die gleiche Petition in Magdeburg eingetreten sei. Was in Magdeburg und vielen anderen Städten Preußens, Baierns, Badens ꝛc. möglich sei, das müsse auch in Halle festgelegt werden können.

Stadtv. Kohlschütter schließt sich dem Vorredner vollständig an und begrüßt die Petition der Buchdrucker. Daß die Tarifgemeinschaft bestehe, sei ein großer Segen für dieses Handwerk. Ein sozialer Grund liege vor, die Petition zu berücksichtigen: auch könne man auf Grund solcher Vereinbarungen bessere Arbeiten erwarten.

Bürgermeister v. Holly verliest das den Buchdruckern zugesandte Anerkennungsschreiben, das Herr Pfaul schon beiprach und erkennt auch vollständig an, was Herr Thiele bezüglich der Tarifgemeinschaft gesagt habe. Trotzdem sei er aber nicht in der Lage, die Petition zur Berücksichtigung zu empfehlen. Eine Behörde sei nicht berechtigt, nach einer Seite einen Druck auszuüben. Solches Vorgehen könnte als eine behördliche Parteinahme angesehen werden. Wohin das führt, das habe schon Herr Thiele angedeutet, der empfahl, englischen Verhältnissen nachzuahmen. Das Kollegium möge das Gleiche thun wie die Petitionskommission und über die Sache zur Tagesordnung übergehen.

Der Vorsteher Dittenberger teilt die Bedenken des Bürgermeisters v. Holly nicht. Wenn in so vielen preußischen Städten und von so vielen preußischen Behörden die Forderung der Buchdrucker anerkannt worden sei, warum sollte das dann nicht in Halle geschehen können? Es handelt sich hierbei nicht um einen Lohnkampf ꝛc., und es liegen keine Bedenken vor, die Petition zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Stadtv. Thiele: Wenn der Magistrat auf dem Prinzip steht, sich nicht in Lohnstreitigkeiten einzumischen — und das wäre in Wahrheit ein gesundes Prinzip —, dann hätte er im vorigen Jahre beim großen Maurerstreik die beste Gelegenheit gehabt, dieses Prinzip zu bethätigen. Da hat er's aber nicht gethan, sondern in der parteiischsten Weise durch seine Polizei die Unternehmer unterstützt. Aber bei der Petition der Buchdrucker handelt es sich gar nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern die Tarifgemeinschaft soll im Gegenteil dieselben verhindern bezw. vermindern. Sehe doch der Magistrat sogar beim Vergeben von Ziehkindern auf die moralische Qualifikation der Frauen, denen er die Kinder anvertrauen will. Nun wohl! Auch bei Vergebung von städtischen Arbeiten möge der Magistrat den unlauteren Wettbewerb bekämpfen, der unmoralisch ist. Moralisch qualifiziert zum Empfang städtischer Druckaufträge seien nur solche Unternehmer, die anständige Löhne zahlen.

Stadtv. **Pfaul.** Wenn wir die Petition annehmen, dann müßten die Unternehmer nur immer so zahlen wie die Arbeiter wollen, sonst streiken sie.

Die Abstimmung ergab zunächst einstimmige Annahme der Petition zur Berücksichtigung. Selbst Herr Pfaul stimmte unter allgemeiner Heiterkeit dafür. Auf einen Antrag wurde nochmals abgestimmt, diesmal stimmten die Herren Pfaul, Heiser und Seifenfabrikant Kobert dagegen.

12. Dem Verbandstag **deutscher Klempner-Innungen,** der hier in der Zeit vom 14.—17. Juni tagt, wurde ein Betrag von 150 Mk. zu den Kosten der Fach-Ausstellung bewilligt. — Darauf geschlossene Sitzung.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 3. Juni.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Der Magistrat hatte gestern keinen glücklichen Tag. Und wenn die Anzeichen nicht trügen, wird der „Wohlllöbliche" in näherer und fernerer Zukunft noch manchen kritischen Tag in seinem Kalender zu verzeichnen haben. Die seit Jahren kumulierten Finanzsünden des Magistrats haben eben allgemach einen Umfang erreicht, der eine weitere Vergrößerung des Sündenhaufens unmöglich macht. Oder um ein Bild aus der Chemie anzuwenden: Die Sündenlösung ist gesättigt, und jede weitere Sünde, die in die Lösung gegossen wird, jetzt sich als Niederschlag ab und wird jedem Auge sichtbar. Die beiden Wörter Magistrats-Kalkulation und Unzuverlässigkeit drücken bereits gleichbedeutende Begriffe aus. Das Kollegium bewilligt zwar noch die Nachforderungen und Ueberschreitungen, weil es glaubt, nicht anders handeln zu können, aber das Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit des magistratlichen Einmaleins hat sich selbst in den Busen der frömmsten Stadtverordneten fest eingefressen. Vielleicht lacht der Magistrat heute noch über diese Thatsache, die ihm nicht unbekannt ist, doch wird die Zeit bald genug kommen, in der ihm das Verständnis dafür aufgeht, daß ein Magistrat ohne das Vertrauen der Stadtverordneten nicht bestehen und namentlich nicht wirken kann.

Gestern kam das satte Mißtrauen, dessen sich der Magistrat beim Kollgium erfreut, zuerst zum Ausdruck, als wiederum eine Nachforderung von 6170 M. für den famosen Umbau der Beleuchtungsanlage im Stadttheater bewilligt werden sollte. Der Magistrat hatte nämlich, wie es in der Vorlage hieß, „angenommen", der auf 110 Volt Spannung eingerichtete Regulator für die Bühnenbeleuchtung lasse sich „leicht umändern" für Benutzung des vom Elektrizitätswerk gelieferten Stromes, der 220 Volt Spannung hat. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die „Annahme" durchaus irrig war und ein neuer Regulator für 6170 M. gekauft werden muß. Wunderbarerweise hat der Magistrat an seiner „Annahme" noch festgehalten, als er vor zwei Wochen die berüchtigten weiteren 30 000 M. für den Umbau im Stadttheater nachforderte. Damals verlautete noch nichts von den 6170 M. für den neuen Regulator, obwohl damals bereits seit Monaten bekannt war, daß sich die „Annahme", man könne eine auf 110 Volt berechnete Einrichtung für die doppelte so große Spannung benutzen, im Ratskellergebäude als gänzlich verfehlt erwiesen hatte. Der Magistrat wird schon sehen, wohin er mit seiner Politik der Fahrlässigkeit oder Unaufrichtigkeit kommen wird.

Auch beim Fassadenputz der Schule in der Neuen Promenade hatte der Magistrat „angenommen", die teilweise Erneuerung des Putzes genüge. Da aber „erneute Untersuchungen" ein anderes Ergebnis gezeitigt haben, mußten 1500 Mk. nachbewilligt werden.

Recht charakteristisch war die Verhandlung über die Frage, ob das Bedürfnis auf Errichtung neuer Beranden am Peißnitz-Restaurant anerkannt werden solle. Während sonst bei wichtigen sozialen Fragen Schlußanträge einlaufen, sobald die Debatte ein Vierteilstündchen gewährt hat, dauerte gestern die Berandendebatte geschlagene 50 Minuten. Bemerkenswert war eine Auslassung des Baumeisters Gygas. Thiele hatte vor der „prinzipiellen" Bejahung der Bedürfnisfrage gewarnt, da sich das Kollegium dadurch für seine späteren Beschlüsse binde. Herr Gygas erwiderte darauf, die Befürchtung Thieles sei hinfällig, denn „Gott sei Dank, ist das Kollegium noch immer Mannes genug gewesen, seine Souveränität zu bewahren!" — Wir wußten bisher nicht, daß Herr Gygas über einen so stark ausgeprägten Galgenhumor verfügt. Das Kollegium zog es allerdings vor, bereits gestern seine Souveränität zu zeigen, indem es die Magistratsanträge rundweg ablehnte.

Vor einem gefährlichen Geschenke blieb die Stadt verschont durch Ablehnung des Angebots, den Wirtschaftsweg zu übernehmen, der von der Dessauerstraße über den Galgenberg nach Giebichenstein führt. Die Flurbesitzer hätten dabei kein schlechtes Geschäft gemacht. Der Weg ist nämlich sieben Meter breit. Wäre er von der Stadt übernommen und als öffentlicher Weg anerkannt worden, dann hätten müssen Fußbanketts angelegt werden, und eine Verbreiterung der Straße auf etwa zwanzig Meter wäre gefordert geworden. Die anscheinend so freigebigen Flurbesitzer hätten dabei ihr Pfeifchen schneiden können. Stadtv. Stephan deutete bereits die Gefahr an, der Genosse Emmer dann ungeschminkt Ausdruck gab. Die Uebernahme des Weges wurde deshalb abgelehnt.

Die Vergebung städtischer Druckarbeiten nur an tarifreue Firmen brachte schließlich dem Magistrat noch eine Niederlage. Er hat den Antrag der Buchdrucker bereits unterm 30. Mai abgelehnt, natürlich unter der Versicherung der ausgezeichnetsten Sympathien. Er dürfe, so schrieb der Magistrat, als eine „zur Unparteilichkeit verpflichtete Behörde" nicht einem Verlangen zustimmen, das „als eine behördliche Parteinahme in einem Streite erscheine." Der Magistrat muß einen recht großen Ueberschuß an Unkenntnis in gewerkschaftlichen Dingen besitzen, wenn er dieses salomonische Urteil fällen konnte. Mit großem Pathos las Herr v. Holly das Schreiben des Magistrats vor. Umsonst! Gegen drei Stimmen nahm das Kollegium die Petition an, nachdem außer Thiele die Herren Prof. Kohlschütter und Dittenberger für sie warm eingetreten waren. Nun sitzt der Magistrat mit seiner Ablehnung auf den Hesen. Konnte er nicht noch die drei Tage mit Absendung seiner Antwort warten, bis auch die Stadtverordneten sich entschieden hatten? Der Magistrat hat's doch sonst nicht so eilig mit dem Antwortgeben! Der Beschluß der Stadtverordneten, der fast mit Einstimmigkeit erfolgte, war hocherfreulich und läßt manche weniger angenehme Entscheidung vergessen. — Der Hallesche Magistrat als Hort der behördlichen Unparteilichkeit bei wirtschaftlichen Kämpfen! Wer lacht da!

Wie gesagt, der Magistrat hatte gestern keinen glücklichen Tag. Ist er noch der Belehrung zugänglich, so wird ihm manches gestern gefallene Wort zur nochmaligen Prüfung seiner „gesunden Prinzipien" Anlaß geben; denn was jetzt spontanes Aufflackern des Mißtrauens und des Mißmuts über den Magistrat ist, kann sich leicht zu einer geschlossenen und dauernden Opposition gegen ihn verdichten.

Die geschlossene Sitzung

der Stadtverordneten bestätigte gestern lediglich die Anstellung von drei Polizisten in zweiter Lesung.

Eine vertrauliche Sitzung

hielten heute vormittag um 9 Uhr ab die organisierten Bau-Unternehmer in Schönes Restaurant, Große Wallstraße. Anwesend waren die Herren Hammer, Schöne, Eckert, Borgert, Büchel, Frohmann, Raigrotzki, Schütensack, Wilh. Später, Bindrich, Rosche, Straube, Ruhe und Dohme, ferner zwei Unbekannte.

Büchel verlas zunächst den gestrigen Artikel des Volksblattes über den Maurerstreik. Er habe nicht nur 3 sondern 9 Streikbrecher eingestellt, und es wäre besser gewesen, alle Unternehmer hätten an dem Beschlusse, nur 48 Pf. Lohn zu zahlen, festgehalten. Die Abtrünnigen hätten wohl nur ihre alten Leute behalten wollen. Es sollten nur alle den Beschluß von nun an hochhalten, denn morgen bekomme er „Italianos" genug. Ständen die Unternehmer diesmal nicht fest, so würden sie die Handlanger der Maurer werden. Bis jetzt seien sie als Unternehmer die Freunde der hiesigen Maurer gewesen, nun solle aber der Kampf bis aufs Messer geführt werden. Büchel erzählte dann, er habe im Arbeitsnachweis der Maurermeister sich darüber beschwert, daß Streikende von den Maurermeistern eingestellt worden seien. Es sei ihm das Versprechen gegeben worden, wenn eine Liste der Streikenden dem Arbeitsnachweis übergeben werde, dann solle das nicht mehr vorkommen. Hiesige Maurer dürften überhaupt nicht wieder eingestellt werden, bis ihre gewerkschaftliche Organisation zersprengt sei.

Nach diesen heldenmütigen Anläufen kam jedoch die Kehrseite der Sache ans Licht. Wilh. Später erklärte beispielsweise, er müsse nächste Woche anfangen. Er werde seinen Bau dem Polier in Akkord geben, der Polier könne die 50 Pfg. Lohn geben, und er, Später, habe mit der Sache nichts mehr zu thun. Ein anderer schlug vor, zwar nur 48 Pfg. zu zahlen, aber allen den Maurern, die bis zur Abnahme des Rohbaues ausgehalten haben, sollten die 2 Pfg. nachgezahlt werden. Auch von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß eine Aenderung eintreten müsse. Doch Büchel trat wiederholt als Scharfmacher auf und blieb dabei, es solle kein Streikender wieder eingestellt werden. Die jetzigen Streikenden seien nicht mehr als Maurer zu betrachten sondern als Wegelagerer. Herr Straube fügte dieser Auslassung einer schönen Seele hinzu, wenn ihm ein Streikender in den Weg trete, so schlüge er ihn vor den Kopf. Vielleicht dachte Herr Straube in diesem Augenblicke daran, von wem und weshalb er vor etwa zwei Jahren „eins vor den Kopf" gekriegt hat. Es war unten in der Hallorenstraße.

Büchel richtete die trotz der Großsprechereien etwas gedrückte Stimmung seiner Kollegen durch den Hinweis auf, in Dresden bestehe eine Streikbrecher-Organisation von 300 Mann. Da bei Schluß der Redaktion die Besprechung noch nicht zu Ende war, können wir heute noch nicht über die zuletzt gefaßten Beschlüsse berichten.

Die Verfrommungsbestrebungen

der Synodalen glossiert nicht übel in seiner letzten Sonntagsplauderei Joc im Vorwärts: „Wie wäre es, wenn man den sündhaften Kindern der Welt den Aufenthalt außerhalb der Kirche verleidete und unmöglich machte! Zunächst fordert man die Schließung der Wirtschaften, in denen Saton selbst zu Selterswasser oder gar zu Weißbier und Nordlicht verführt. Das ist natürlich nur ein erster Anfang. Man wird weiterhin den Eisenbahnverkehr während der Kirchenzeit verbieten müssen, und auch das Radeln, das leider immer von der Kirche fort führt, untersagen. Kurz, eine Generalausſperrung aller Verkehrsmittel wird zur unerläßlichen Notwendigkeit. Wer während der Kirchzeit unter einem Baume liegend betroffen wird, verfällt sofortiger Verhaftung und wird zu mindestens sechs Monaten Sonntagspredigt verurteilt. Wer öffentlich lacht, hat sich mit dem Groben Unfugs-Paragraphen abzufinden. Wer singt, dem gebührt das Gefängnis. Wer aber gar mit seinem Schatz ertappt wird, so einem blonden, lichtgekleideten, nicht auf den Mund gefallenen, unmäßig lustigen — der wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, Polizeiaufsicht und Ehrverlust bestraft. Denn heilig soll der Sonntag bleiben.

—Indessen all das genügt Kaetich nicht, um einen regelmäßigen Kirchenbesuch zu erzwingen; denn schließlich können ja die Leute tückisch zu Hause bleiben. Man wird folglich daran denken müssen, den Kirchenbesuch selbst anziehender zu gestalten. Ein ungeheures Verdienst hat sich in dieser Hinsicht um die Herren Pastoren unser Freund Stadthagen erworben, als er in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung auf den schweren Mangel hinwies, daß in den Kirchen keine Diskussion stattfinde. In der That, man entschließe sich zu dieser Wandlung. Warum soll nicht wirklich nach einer orthodox-protestantischen Predigt ein linksliberaler Theologe ein Korreferat halten, und ein Katholik, Jude, Mohammedaner, Atheist weiteres zur Klärung der gerade behandelten Frage beitragen! Ich bin überzeugt, für einige Zeit wenigstens wird man nicht über schlechten Besuch zu klagen haben."

Ueber ein anderes Ausbilfsmittel wird aus Christiania berichtet. Von dort schreibt ein Leser dem Hann. Courier:

Seit einiger Zeit wird hier von einigen Geistlichen eine lebhafte Agitation gegen die verschiedenen Varietees dieser Stadt ins Werk gesetzt. Die „Scheußlichkeiten" dieser „sündhaften und verderbten" Stätten werden in öffentlichen Versammlungen in den grellsten Farben dargestellt und durch Lichtbilder von den „halbnackten unanständigen Frauenspersonen" unter Abspielung der frivolen Tingel-Tangel-Melodien des näheren veranschaulicht. Nach fürchterlichem Gedränge und Erlegung von 25 Oere gelangte man in die durch Gaslicht nur spärlich beleuchtete große Halle des hiesigen Missionshauses: der ungefähr tausend Menschen fassende Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt, das Publikum besteht größtenteils aus den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung, darunter eine Reihe Knaben und Mädchen, vermischt mit zahlreichen Paaren, welche Sonntags „zusammen ausgehen". Ein Chorsänger leitet die Versammlung ein und ein junger Mann trägt eine rührsame, teils in Prosa, teils in Poesie verfaßte Geschichte von einem jungen Seemann vor, der, bei einer Schlägerei schwer verletzt, durch wiederholte Gebete eines Geistlichen vom sicheren Tode errettet wird. Nun besteigt der Redner (ein Pastor) das Podium, und während 1½ Stunden wettert, regnet es Anklagen gegen Magistrat und Polizei, die die Varietees nicht verbieten, und gegen die verschiedenen Zeitungen, die sie gegen übertriebene Angriffe einzelner Geistlichen, teils unter der Begründung verteidigt hatten, daß das Volk, das in Christiania leider fast gar keine guten Zerstreuungen zu populären Preisen habe, sich nach Verbot der Tingel-Tangel wahrscheinlich an anderen Stätten nicht kontrollierbare Vergnügungen verschaffen würde.

Darauf folgt eine genaue Beschreibung eines Rundganges durch verschiedene Varietees, und dann, um die Verderbtheit derselben so überzeugend wie möglich zu machen, werden einige der krassesten Stellen eines Dialoges zwischen zwei Liebhabern und eines Chansonettenliedes wörtlich vorgetragen. Man denke sich die vielen Knaben und Mädchen, welche hoffentlich nie in einem Variete gewesen und aus dem Munde eines Pastors die Vorgänge dort und die anstößigsten Stellen hören müssen! Nun wird der Saal verdunkelt, und eine Reihe Chansonetten usw. werden in mangelhaften Kostümen und mehr oder weniger anständiger Haltung in Lichtbildern vorgeführt; beim vorgeführten Vortrag wurden dazu die frivolsten Melodien von einem sehr zweifelhaften Orchester vorgetragen. Ein zweimaliges Klopfen des Redners und auf demselben Tuche wird die Leidensgeschichte Christi in Bildern dargestellt! Noch ist das Gelächter über die Darstellung der Frauenspersonen nicht verstummt, da erblicken wir auf derselben Stelle Christus am Kreuz! Was sich der Geistliche bei dieser Art Schaustellung gedacht hat, ist nicht zu verstehen; jedenfalls war der Eindruck auf die meisten der Zuhörer, wie man aus den zahlreichen Bemerkungen beim Verlassen des Gebäudes schließen konnte, ein gänzlich verfehlter, und das Varietees dürften den Herrn Pastor für diese ihnen keinerlei Kosten auferlegende Reklame sehr dankbar sein. Die Sache hat auch ihr komisches Nachspiel gefunden. Der Redner ist vor die Polizei zitiert worden, um sich wegen „Veranstaltung von Varietee-Vorstellungen an einem Bettage" zu verantworten. So geschehen in Christiania im Jahre des Heils 1902, am 25. April.

---

* **Ueber die Rechenkunst der preußischen Eisenbahnverwaltung** stellt ein Einsender der Saaleztg. folgendes hübsche Exempel auf, das die am Sonnabend unsererseits erwähnten Wander- und Rückfahrkarten nach dem Harz und nach Thüringen zur Unterlage hat:

ad 1. Die Entfernungen der da genannten Eisenbahnstationen ab Halle sind die folgenden: Ballenstedt 79, Thale 104, Blankenburg 108, Wernigerode 114, Rottleberode 90, Nordhausen 97 km. Die kürzestmögliche Tour via Ballenstedt-Rottleberode 79 + 90 km = 169 km dürfte 5.10 M., die längstmögliche via Wernigerode-Nordhausen 114 + 97 km = 211 km dürfte 6.30 M. kosten, die Eisenbahn berechnet (gegen den Durchschnitt von 5.70 M.) 6.90 Mark, das sind noch **60 Pfg. über den höchstmöglichen** Satz.

ad 2. Die Entfernungen ab Halle nach Thale 104, bezw. Harzburg 135, Goslar 144, Rübeland 122, Herzberg 139, Rottleberode 90 km lassen den kürzesten Weg via Thale-Rottleberode, 104 + 90 km = 194 km mit 5.80 M. zu und bedingen für den weitesten via Goslar-Herzberg, 144 + 139 km = 283 km 8.50 M. Die Eisenbahn berechnet 8.40 M., d. h. (gegen den Durchschnitt von 7.10 M.) **1.25 Mark** mehr.

ad 3. Die Entfernungen ab Halle nach Harzburg 135 km, Tanne 139, Klausthal-Zellerfeld 175, St. Andreasberg ca. 163, Gittelde-Grund ca. 153 km ermöglichen den kürzesten Weg via Harzburg-Gittelde-Grund, 135 + 153 km = 288 km 8.60 M. und bedingen für den weitesten via Tanne-Klausthal-Zellerfeld 139 + 175 km = 314 km 9.40 M. Hierfür verlangt die Eisenbahn 10.40 M., d. h. gegen den Durchschnitt mehr 1.40 M. und 1 M. über den höchsten erforderlichen Wert. Hierbei will ich berücksichtigen, daß man den Weg, wenn man will, für die Eisenbahn verlängern kann, indem man von Klausthal-Zellerfeld, anstatt über Goslar, über Seesen-Nordhausen zurückfährt, das sind 40 km Eisenbahnfahrt mehr, die den vorhin genannten Höchstpreis auf 10.80 M. zu stellen gestatten; es bleibt aber dann immer noch die Thatsache: bei 10.40 M. nimmt die Eisenbahn doch noch **80 Pfg.** über den Durchschnittssatz.

Nach Thüringen betragen die Entfernungen ab Halle:

ad 1. Ilmenau 158, Oberhof 161, Luisenthal 157, Tambach 116, Friedrichsroda 157, Reinhardsbrunn 156, Eisenach 165 km.

ad 2. Bock-Wallendorf 174, Katzhütte 164, Ilmenau 158, Oberhof 161, Luisenthal 157 km.

Für Reisen auf diesen Strecken werden 10 M. bez. 10.50 M. verlangt, obschon bei richtiger Berechtigung nicht mehr als **9.60** bez. **9.80** M. nötig wären. — — —

Eine solche Finanzpolitik gehört ganz zum Wesen des preußischen Staates.

* **Selbstmord.** Eine hinter der Lüttigschen Schneidemühle bei Trotha aus der Saale gezogene weibliche Leiche wurde als die der 20jährigen Verkäuferin Elisabeth Tröster rekognosziert. Nach der Hallischen Zeitung hat das Mädchen in einem Anfalle von Tiefsinn Selbstmord verübt; vor längerer Zeit sei ihr Kind gestorben. Verschiedene andere Umstände seien hinzugekommen und schließlich sei das Mädchen in die Saale gesprungen. Als man die Leiche fand, war der Mund mit einem Taschentuch verstopft, so daß man an ein verübtes Verbrechen dachte. Die Sache hat sich jedoch anders aufgeklärt.

* **Die Malabaren** verlassen heute den Zoologischen Garten, da sie bereits morgen in Dresden ihre Vorführungen beginnen. Später gehen sie nach Berlin, Paris usw. Die letzte Vorstellung beginnt heute abend ½8 Uhr. — Trotz des meist un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0006

freundlichen Wetters war der Zoologische Garten im Mai von über 26 000 zahlenden Personen besucht.

Merseburg. Nach einer vierwöchentlichen Pause hält am nächsten Donnerstag, den 5. d. Mts., abends 8½ Uhr der Sozialdemokratische Verein in der Funkenburg wieder eine Versammlung ab. Bei der Wichtigkeit des Themas werden die Genossen an dieser Stelle noch ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, und ist zu wünschen, daß jeder für zahlreichen Besuch zu wirken sucht. Gäste sind willkommen.

Die Distriktsleitung.

Gommern. Im Landfriedensbruch beantragten die Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten Voigt, Lahne und Böhme Verurteilung wegen Rädelsführerschaft bei einem Landfriedensbruch, gegen Ließ, Kränke und v. Kutschowski Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruches und gegen Fritze wegen einfachen Landfriedensbruches. Die Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragen ferner, auszusprechen, daß sich alle diese Angeklagten gleichzeitig mit dem Landfriedensbruch des Vergehens gegen § 153 der G.-O. schuldig gemacht haben, allen diesen Angeklagten aber mildernde Umstände zu bewilligen. — Gegen den Angeklagten Grüning beantragt die Staatsanwaltschaft Freisprechung.

Das Urteil ist noch nicht gefällt.

Delitzsch. Die geschäftliche Hochsaison, die sich ihrem Ende zuneigt, war wohl für manchen Arbeiter die Zeit der Hoffnung auf besseren Verdienst. So weit unsere Beobachtungen reichen, ist auch die hiesige Arbeiterschaft zum größten Teil in dieser Hoffnung enttäuscht worden. In allen Berufen wird über geringe Arbeitsgelegenheit, schlechte Arbeit und geringen Verdienst geklagt. Auch die in besserer Zeit errungenen wirtschaftlichen Vorteile werden von manchen Arbeitgebern nach und nach wieder zu nichte gemacht. Wenn zumal der Unternehmer in seinem Betriebe noch technische Verbesserungen treffen kann, dann kann man sicher sein, daß er dieselben dazu benutzt, um auch noch den Arbeitern den Lohn zu kürzen. Ein derartiges Verfahren kann man in jedem Beruf beobachten.

Bei den Maurern, die sich in den letzten Jahren einer guten Arbeitsgelegenheit erfreuten, ist das ganze Gegenteil eingetreten. Wohl bietet Leipzig für manchen noch eine sichere Arbeitsstätte, aber am Orte wird die Arbeit immer weniger. Unter diesen Umständen wäre es besser gewesen, wenn in diesem Jahre die Wasserleitung und die damit verbundenen Arbeiten hätten in Angriff genommen werden können. Doch die Vorarbeiten hierzu scheinen ins Stocken geraten zu sein. Die Maurer hatten ihren Stundenlohn von 28 auf 40 Pfg. gebracht, welcher mit der Innung durch Tarif vereinbart war. Das hinderte aber trotzdem verschiedene Unternehmer nicht, den Lohn herabzusetzen. Es ist z. B. dem Maurermeister Schöne gelungen, Maurer zum Lohn von 30—35 Pfg. pro Stunde zu bekommen. Herr Schöne ist Innungsmeister. Pflicht der Innung wäre es, gemeinschaftlich mit den Gesellen den Lohndrückereien entgegenzuarbeiten, doch davon hört man nichts. Die Gesellen mögen auf der Hut sein und Mann für Mann sich der Arbeiterbewegung anschließen, damit man ihnen die errungenen Vorteile nicht wieder so leicht entreißt.

Auch bei den Tabakarbeitern äußert sich die Krise in unangenehmer Weise. Man geht da nicht direkt mit Lohnreduzierungen vor, sondern giebt den Arbeitern schlechteres Material und führt schwierigere Facons ein, was meistenteils einem Lohnabzug gleichkommt. Auch das Betreben, männliche Arbeiter durch weibliche zu ersetzen, tritt bei manchen Fabrikanten immer mehr zu Tage. Ein verheirateter Zigarrenmacher muß, wenn er einigermaßen etwas verdienen will, Frau und Kinder mit bei der Arbeit verwenden. Ist die Arbeit bei einem Lohne von 9 M. pro 1000 Stück noch einigermaßen erträglich, so wird dieselbe bei einem Lohne von 6 und 7 M. pro 1000 Stck. geradezu zur jammervollen Ausbeutung von Frau und Kindern, wenn der Mann einigermaßen verdienen will. Das ist der Segen der Hausindustrie. Mancher Fabrikant ist hier, der wohl mehr bezahlen könnte. Da giebt es welche, die sich auß nichts zum Großfabrikanten, sogar zum Millionär empor gearbeitet haben. Ist noch bazu der Werkmeister ein für den Fabrikanten brauchbares Instrument, so ist für den männlichen Arbeiter erst recht nichts zu holen, weil die Fabrikanten mit Vorliebe Mädchen und Frauen einstellen. Und was für die Delitzscher Arbeitsverhältnisse gilt, gilt auch für die Leipziger, wohin viele hiesige Zigarrenmacher arbeiten. Die Organisation der Tabakarbeiter ist hier stark, aber solchen Verhältnissen gegenüber ist sie allein machtlos. Da muß die Gesetzgebung mit eingreifen.

Auch die Schuhmacher haben der Krise ihren Tribut zu bringen. Wir haben hier Hand-Schuhmacher und Fabrikarbeiter. Das größte Absatzgebiet der Hand-Schuhmacher ist Leipzig und Halle. Der schlechte Geschäftsgang in diesen Städten macht sich auch bei den hiesigen Meistern bemerkbar. Wenn die Folgen davon auch nicht Lohnabzüge sind (dafür sorgt schon die Organisation und auch einzelne anständige Meister), so wird doch über Arbeitsmangel sehr geklagt. Der Arbeiter hat immer mit einem bedeutenden Lohnausfall zu rechnen. Auch in der Schuhfabrik klagen die Arbeiter über Arbeitsmangel. Dazu kommen die vielen maschinellen Verbesserungen, die stets eine Aenderung der Arbeitsweise im Gefolge haben, die sich meistens in Gestalt einer indirekten Lohnreduzierung äußert. Thatsache ist, wenn hier die Arbeiter das verdienen wollen, was sie früher verdienten, müssen sie viel anstrengender arbeiten. Daß dies den Körper zu Grunde richtet, das beweisen die vielen Lungen-Erkrankungen der dortigen Arbeiter. All die schönen blitzenden und praktischen Maschinen, sie bringen nicht der Arbeit sondern dem Kapital den Vorteil. Wo bleibt unter diesen Umständen die so oft gerühmte Arbeiterfreundlichkeit der Herren Fabrikanten, denen es ein leichtes wäre, das Los ihrer Arbeiter zu verbessern. Wem's nicht paßt, fliegt! ist jetzt Parole geworden, dank der Lauheit der meisten Arbeiter und der Rückwärtskonzentrierung früherer Größen. Ein großer Teil thut noch voll und ganz seine Schuldigkeit, aber in der jetzigen Zeit ist dieser auch machtlos.

So wie es in den Hauptberufen ist, ist es auch in den kleinen Branchen. Der Tischlerstreik, der durch Zuzug von Arbeitswilligen auf den toten Punkt angelangt ist, wird auch manche Arbeiter brachlegen. Hoffentlich gelingt es doch noch, den Streik zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Wäre auch in dieser Branche die Geschäftslage eine bessere, so wäre das Resultat ein anderes gewesen.

Wenn Delitzsch auch nicht Industriestadt ist, die Arbeiterschaft bekommt aber doch die Folgen der heutigen Produktionsweise zu spüren. Unsere Aufgabe muß es sein, mehr noch denn bisher die ganze Arbeiterschaft in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschweißen, um dadurch einen Schutzwall zu bilden gegen die schlimmsten Folgen der jetzigen Krise. Jene festgefügten Organisationen werden aber auch der Arbeiterschaft in späterer Zeit gute Dienste leisten, wenn es gilt, Siege für die Arbeiterbewegung zu erkämpfen. Wenn es galt, war die Arbeiterschaft stets einig und geschlossen, trennen wir uns auch jetzt nicht. Der Sozialismus ist es, der den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe hebt. Darum, unter diesem Zeichen muß die Delitzscher Arbeiterschaft marschieren, und sie wird es thun!

Quedlinburg. Der Maurerstreik ist nach nochmaligen Verhandlungen des hiesigen Gewerbegerichts als Einigungsamt nunmehr beendet. Die Meister haben den von den Maurern geforderten Stundenlohn von 35 Pf. bewilligt.

Querfurt. Erst die Landwirtschaft, dann die Schule. Eine sonderbar klingende Notiz bringt unser Kreisblatt: „Mit Rücksicht auf die herrschende Tageswärme, welche den Ausfall des Nachmittagsunterrichts ohnehin nötig machen würde, sowie andernfalls mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, namentlich in Hinsicht auf die Kinder der hiesigen Volksschule, ist von jetzt ab in den hiesigen städt. Schulen der Unterricht in allen Klassen in die Zeit von 7—10 bezw. bis 11 und auch 12 Uhr vormittag bis auf weiteres verlegt worden." Also mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft müssen die Kinder vormittags länger in die Schule, damit sie nachmittags um so unbehinderter im Felde beschäftigt werden können. Sonst würde zwar nachmittags wegen der Hitze der Unterricht ausfallen, aber das ist glücklicherweise verhütet worden, denn die herrschende Tageswärme gestattet nicht die Abhaltung des Schulunterrichts, wohl aber die Beschäftigung der Kinder in der Landwirtschaft. Dafür sind es aber auch namentlich Kinder der Volksschule, denen diese Vergünstigung zu teil wird.

Magdeburg. Der Lohnkampf im Baugewerbe aufgeschoben. In ihrer Versammlung am Sonntag nahmen die Arbeiter des Baugewerbes folgende Resolution an:

„Die Versammlung beschließt, die Arbeit auf den gesperrten Bauten Montag früh wieder aufzunehmen. Die Siebener-Kommission wird beauftragt, im Sinne der Beschlüsse der letzten gemeinschaftlichen Sitzung auf Jahresfrist zur Vertragsschließung zu schreiten."

Am Sonnabend war die Siebener-Kommission beim Vorsitzenden des Bauunternehmer-Verbandes, Ganzlin, um mit diesem abermals zu verhandeln. Ganzlin ließ aber den Vertretern der Arbeiter sagen, er sei nur zu sprechen, wenn die von den Unternehmern verlangten Abmachungen angenommen würden. Am Sonntag kündigten die Unternehmer in der Tagespresse an, sämtliche Bauten und Zimmerstrecken würden vom Montag ab geschlossen, wenn die Maurer am Montag früh die Arbeit an den gesperrten Bauten nicht aufnehmen würden. — Die obige Resolution fand zwar eine Majorität, doch verlief die Versammlung sehr stürmisch!

Magdeburg. „Unterthänigst." Der Verein ehemaliger 66er in Magdeburg sandte folgendes Telegramm an den neuen Regimentschef, König Alfons von Spanien:

Seiner Majestät König Alfons XIII. von Spanien
Madrid.

Eurer Königlichen Majestät bringt **ehrfurchtsvoll und begeistert** der Verein ehemaliger gedienter Kameraden des 3. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 66 zu Magdeburg zur Thronbesteigung die tiefempfundenen Glückwünsche dar. Die **huldvollste** Ernennung, die unserem lieben Regiment durch Eurer Majestät gnädige Annahme der Ernennung zum Chef des Regiments Nr. 66 zu teil geworden ist, hat auch in unseren Herzen den **Wiederhall stolzester Genugthuung** erweckt, der in dem Wunsche seinen Ausdruck finden mag, daß es Eurer Majestät vergönnt sein möge, auf die Größe und das Wohlergehen Spaniens fördernd einzuwirken und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland zu einer dauernden Errungenschaft zu gestalten. Ein Hurra Eurer Majestät, unserem hohen Regimentschef.

Unterthänigst
Verein ehemaliger gedienter Kameraden des 3. Magdeburg. Inf.-Rgts. Nr. 66.

Sieler, Vorsitzender, Magdeburg, Arndtstr. 32.

König Alfons dankte darauf durch folgendes Antwort-Telegramm:

Madrid, den 23. Mai 1902.

Ich danke Ihnen allen für freundliche Gesinnung.
Alfonso XIII.

Während der junge Mann, der jetzt „Regimentschef" geworden ist, nur für freundliche Gesinnung dankt, glaubten die zum Teil recht alten Herren, dem Sechzehnjährigen ihre unterthänigste Ergebenheit aussprechen zu müssen. Ist es doch ein Gefühl „stolzester Genugthuung" für diese Selbstbewußten, daß der Knabe „huldvollst" ihr Vorgesetzter geworden ist!

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Neuschau hat am Sonnabend ein furchtbarer Brand die Mahl-, Schneide- und Oelmühle der Meuschauer Mühle völlig zerstört. Das Feuer war weithin sichtbar. Die Löscharbeiten dauerten die ganze Nacht hindurch. Ein Eisenteil kam zwischen die Mühlsteine und durch die Reibung waren bald die Holzteile der Mühle in Brand geraten. — Der Schlosserlehrling Rudel aus Kötzsch bei Dürrenberg ließ sich von einem Güterzug überfahren und war sofort tot. Nahrungssorgen und Kummer über den kürzlich erfolgten Tod seiner Eltern haben den jungen Mann jedenfalls zum Selbstmord veranlaßt. — In Neuhaldensleben ertrank der zwölfjährige Sohn eines Arbeiters in der Oehre. Der Fleischerlehrling Schmidt aus Stedten hat sich bei Salzmünde in der Saale ertränkt.

Arbeiterrisiko. In Eilenburg fiel der seit 13 Jahren in der Deutschen Celluloidfabrik beschäftigt gewesene Fabrikarbeiter Wilhelm Geißler, als er ein Drahtseil, welches am Fabrikgebäude entlanglief, besichtigen wollte, vom Dache und erlitt eine Quetschung der Brust und der inneren Organe. Nach sechs Stunden starb er. — Durch niedergehendes Gestein wurde auf dem Hoffnungsschacht bei Neckendorf (K. Mansfeld) der Bergmann Wölfer aus Helfta verschüttet und getötet. — In Erfurt wurden bei Ausschachtungsarbeiten zwischen Schlachthof und Ildefstdterstraße gleichfalls drei Arbeiter verschüttet. Kurz vor 12 Uhr passierte das Unglück und erst um ½1 Uhr konnten die Verschütteten befreit werden. Einer ist schwer, zwei leicht verletzt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Weil sie Personen des Soldatenstandes aufgefordert oder angereizt hatten, dem Befehle der Oberen nicht Gehorsam zu leisten,** hatten sich der Töpfer Seeger und der Zimmermann Neumann vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II Berlin zu verantworten. Am Sonntag, den 8. September v. J., erhielten die beiden Angeklagten in Wensikendorf das bekannte Flugblatt: „Die Besteuerung des Hungers". In Wensikendorf lag aber an dem Tage wegen des in der Gegend stattfindenden Manövers Einquartierung, und da die beiden Angeklagten zunächst nach dem Dorfkruge gingen und dort Flugblätter auf den Tisch legten, obwohl Soldaten daran saßen, und da sie auch in den einzelnen Häusern, in denen ebenfalls Soldaten lagen, Flugblätter abgaben, so wurden die Angeklagten auf Veranlassung eines Hauptmanns angehalten und später unter Anklage gestellt. Die Staatsanwaltschaft ging von der Thatsache aus, daß ein Korpsbefehl des Generalkommandos besteht, welcher das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Schriften und die Einführung solcher in die Kasernen verbietet, und nahm darauf an, daß die Angeklagten extra den Sonntag benutzt hätten, an welchem Einquartierung am Orte lag, um die Flugblätter unter die Soldaten zu bringen und diese zur Einführung in die Kaserne und zur Weiterverbreitung anzureizen. Mit dieser Auffassung der Staatsanwaltschaft ging der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld hier ins Gericht. Er begreife den Staatsanwalt nicht — so führte er aus —, wie derselbe zu einer solchen Auffassung gelangen könne. Die Flugblätter-Verteiler gehen, wenn sie in ein Dorf kommen, zuerst in den Krug und legen ihr Flugblatt auf den Tisch, dann gehen sie von Haus zu Haus und geben ein Flugblatt hinein, sofern ihnen auf ihr Klopfen geöffnet wird. Wer in der Wirtschaft oder in den Privathäusern anwesend ist, darum sich zu kümmern haben sie gar keine Zeit. Die Leute hätten doch auch keine blaße Ahnung davon, daß ein solcher Korpsbefehl existiert. Habe er selbst doch erst infolge einer nationalliberalen Interpellation von der Existenz eines solchen Korpsbefehls Kenntnis erhalten. Sicher habe keiner der Richter und noch weniger der Staatsanwalt gewußt, daß es einen solchen Befehl gab, bevor diese Anklage erhoben wurde. Dieser Korpsbefehl sei übrigens rechtsungültig, da er gegen die Verfassung verstoße, die jedem Preußen das Recht garantiere, seine Meinung frei zu äußern. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß den Angeklagten nachgewiesen werden müsse, daß sie wußten, daß die Soldaten sozialdemokratische Schriften weder lesen noch verbreiten, oder gar in die Kaserne einführen dürfen. Dieser Nachweis sei nicht geführt und damit erledigen sich alle Nebenfragen. Die Angeklagten seien daher freizusprechen.

Parteinachrichten.

— **Der Konflikt in Lehe** ist in ein neues schärferes Stadium getreten. Die vom Sozialdemokratischen Verein ausgeschlossenen und zur Mandatsniederlegung aufgeforderten fünf Stadtverordneten haben in einer stark besuchten Wählerversammlung den Schiedsspruch ihrer Wähler angerufen und dieser lautete zu ihren Gunsten, indem ihnen, wenn auch erst nach stürmischen Auseinandersetzungen und mit nicht sehr großer Majorität, ein Vertrauensvotum erteilt wurde. Jetzt ist die Entscheidung des Berliner Zentralvorstand angerufen.

Gewerkschaftliches.

Der deutsche Buchbinder-Verband hat nach Ausweis seines Geschäftsberichts im Jahre 1901 einen geringen Rückgang an Mitgliedern erfahren. Während die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1900 11 720 betrug, zählte der Verband Ende 1901 nur 10 022 Mitglieder. Der Rückgang wird darauf zurückgeführt, daß sich infolge der Lohnbewegung des Jahres 1900 viele Kollegen aufnehmen ließen, die aus Anlaß des schlechten Geschäftsganges 1901 der Organisation wieder den Rücken kehrten. Interessant ist die Feststellung der Dauer der Mitgliedschaft. 820 Mitglieder gehören dem Verbande seit 1893 und länger an, 312 sind seit 1894, 454 seit 1895 Mitglied. — Aus den finanziellen Leistungen des Verbandes heben wir hervor: Es wurden ausgegeben für Arbeitslosenunterstützung 37 788.80 Mk. (mehr wie das Doppelte der im Jahre 1900 gezahlten Arbeitslosenunterstützung), für Streikunterstützung 1919.37 Mk., an andre Organisationen 1600 Mk., für Gemaßregelten-Unterstützung 6463.89 Mk., für Rechtsschutz 1996.92 Mk., für Umzugskosten 625 Mk. — Das Vermögen des Verbandes betrug am Schluß des Berichtsjahres 189 709.34 Mk., es ist gegenüber dem Vorjahre um 55 861.43 Mk. gewachsen.

Militarismus und Gewerkschaft. Dem Vorwärts wurde über die Lage der Militärsattler geschrieben: Bei jeder neuen Militärvorlage, mag es sich um Neu-Ausrüstungen oder Vermehrung handeln, wird von bestimmten Kreisen der staunenden Welt verkündet, welche enorme Arbeitsgelegenheit und hohen Verdienste besonders für die Arbeiter der einschlägigen Branchen hieraus entstünden. Wie bei so vielen derartigen Dingen, stimmte auch hier die Verheißung nicht mit den Thatsachen überein. Nicht allein, daß die Arbeitslosigkeit in dieser Branche eine enorm große ist, auch die von den Arbeitenden erzielten Löhne sind die denkbar schlechtesten.

So verdiente z. B. ein Arbeiter in 26 Wochen, während deren er noch 8 Wochen arbeitslos war, 293 Mk., davon mußte er noch 8.88 Mk. Krankengeld und für Wachs, Faden usw. 6.55 Mk. zahlen, so daß ein Wochenverdienst von 15.42 Mk. resp. für das ganze Halbjahr berechnet, 10.67 Mk. übrig bleibt. Löhne von 15.75 Mk. resp. 10.90 Mk., 17.77 Mk., 12.79 Mk. resp. 11.34 Mk. sind durchaus keine Seltenheit. Wie ein Arbeiter bei einem solchen Verdienst leben resp. noch seine Familie ernähren kann, wird jeder, der die Berliner Verhältnisse kennt, ermessen können. Die unmittelbare Folge dieser traurigen Lohnverhältnisse ist die Heimarbeit. Bei unbeschränkter Arbeitszeit, unter Zuhilfenahme der Frau eventuell Kinder wird darauf los „geschuftet". Ja, es ist schon so weit gekommen, daß die Fabrikanten ihre Fabrikräume leer stehen lassen und ausschließlich Heimarbeiter beschäftigen. So z. B. in einer Fabrik, wo für 75 Mann Platz vorhanden ist, arbeitet niemand in der Fabrik, dagegen über 50 Mann zu Hause, und in anderen ist es nicht viel besser. Die Herren Unternehmer denken gar nicht daran, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu bereiten, denn ihr Auftraggeber, die Militärbehörde, kümmert sich ja nicht darum, trotzdem offiziell die Heimarbeit nicht gebilligt wird. Es ist gut, wenn den Militärenthusiasten auch einmal diese Thatsachen vor Augen gehalten werden, vielleicht berücksichtigen sie dieselben bei ihren nächsten Berechnungen über die „riesenhaften Vorteile" der Arbeiter durch Heeresvermehrungen resp. Neuanschaffungen.

Ausland.

Amerika. Ueber den großen Kohlenarbeiterstreik wird vom Montag aus New-York gemeldet: Im Streik der Kohlenarbeiter ist heute ein kritischer Tag, da die Frage, ob der Streikbeschluß des Pumpen- und Maschinenpersonals allgemein befolgt wird, heute zur Entscheidung kommt. Das Personal der New-Jerseyer Zentralbahn beschloß, den Grubenarbeitern durch einen Streik zu helfen, sobald jene dies verlangen.

Versammlungsberichte.

Eisleben.

Gewerkschaftskartell. In der am 28. Mai stattgefundenen Sitzung konnte leider das Protokoll von voriger Sitzung nicht verlesen werden, da der Schriftführer unentschuldigt ausblieb und auch keine Bücher gesandt hatte. Es wurde die Lokalfrage nochmals behandelt und es stellte sich heraus, daß alle Gewerkschaften, mit Ausnahme der Holzarbeiter, dem Beschlusse des Kartells, in einem Lokale zu tagen, nachgekommen waren. Die Holzarbeiter wollten aus der Reihe tanzen und in ihrem alten Lokale, dessen Wirt schon beim Singen eines Arbeiterliedes halb tot wird, bleiben. Seitens der Delegierten der Tabakarbeiter und Maurer wurden die Beschlüsse energisch verteidigt und den Holzarbeitern aufgegeben, Solidarität zu üben und sofort den Beschlüssen nachzukommen. Betreffs des Herbergswesens wurde mitgeteilt, daß den organisierten Reisenden vorläufig 5 Betten im Gewerkschaftslokale zur Verfügung stehen, worauf die Gewerkschaften in ihren Fachblättern hinweisen sollen. Auf Antrag des Delegierten der Tabakarbeiter sollen alle hiesigen Gewerkschaften die Fachpresse im Lokale auflegen, und werden die dazu nötigen Heitungshalter seitens des Kartells beschafft. Desgleichen wurde ein Antrag desselben Delegierten, ein Gewerkschaftsfest im Sommer zu veranstalten, in Erwägung gezogen und die Sitzung dann geschlossen. Es fehlten 1 Steinsetzer, 1 Zimmerer.

Weißenfels.

Gewerkschaftskartell. Bei Eröffnung der Sitzung am 22. Mai giebt der Vorsitzende bekannt, daß sich die Buchdrucker und die Erd- und Bauarbeiter dem Kartell angeschlossen haben. 1. Punkt: Eingänge. Es gelangt die Broschüre über die Wahlordnung zu den Berufsgenossenschaften zur Verteilung. Eine Broschüre, betitelt: Der gewerbliche Arbeitsvertrag, wird den Gewerbegerichts-Beisitzern überwiesen. Eine Broschüre vom Gewerkschaftskartell Halle über das Arbeiter-Sekretariat und den Stand der Organisationen wird der Bibliothek überwiesen. Vom Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins sind Fragebogen zur Beantwortung eingegangen zum Zweck statistischer Aufnahme über den Stand der Gewerkschaften am Ort. Die Delegierten werden ersucht, selbige gewissenhaft auszufüllen. Zum 2. Punkt, Gewerkschaftsfest, wird beschlossen, das Gewerkschaftsfest am 3. August abzuhalten. Die Vorarbeiten werden dem Vorstand und einer Kommission von drei Mann übertragen, welche zur nächsten Sitzung Bericht zu erstatten haben.

Im Verschiedenen beschäftigte sich die Sitzung nochmals mit der Organisation der Kürschner am Orte. Von seiten der Lokalorganisation, welche zur Sitzung geladen war, um eine Einigung zu erzielen, waren keine Vertreter erschienen. Es wurde das Verhalten der Kürschner am Orte scharf kritisiert; anstatt sich durch die Organisation bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, sind in der besten Geschäftskonjunktur, durch die Uneinigkeit, die Arbeitsbedingungen schlechter geworden; auf der Werkstelle von Nitze haben die Arbeiter sogar einen Revers unterschreiben müssen, keiner Organisation anzugehören. Nach Verlesung der Präsenzliste, welche ergiebt, daß 22 Delegierte anwesend sind und einer entschuldigt fehlt, wird die Sitzung 11¼ Uhr geschlossen. (Eingeg. 30. Mai.) L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0007

Aus dem Reiche.

Berlin. Liebestragödie. Der Selbstmord eines jungen Mädchens rief Freitag abend im Berliner Ortsteil von Schöneberg große Aufregung hervor. Dort wohnt ein Referendar, der ein Liebesverhältnis mit dem jungen Mädchen unterhielt. Freitag abend klingelte das Mädchen bei dem Referendar, erhielt aber den Bescheid, daß der Referendar nicht zu Hause sei. Darauf betrat die Unglückliche den Korridor zog blitzschnell einen Revolver, mit dem sie sich eine Kugel in den Mund jagte, so daß der Tod sofort eintrat. Kurz darauf kam der Referendar nach Hause und fand seine Geliebte entseelt vor.

— Infolge Hitzschlages sind Sonntag zahlreiche Unglücksfälle zu verzeichnen.

Bromberg. Eine Bestie in Menschengestalt. Der Ziegelmeister Krämer in Szymanowo bei Samter verletzte nach einem Streite seine Frau durch vier Beilhiebe schwer und erdrosselte darauf seine fünf Kinder im Alter von 6 Monaten bis zu 10 Jahren mit einer Zuckerschnur, schlug Nägel in die Wand und hing die Leichen auf. Der Mörder ist flüchtig.

Leipzig. Der Prozeß gegen die Direktoren der Leipziger Bank sowie gegen Aufsichtsratsmitglieder derselben wird am 16. Juni beginnen. Die Verhandlungen werden mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen.

Danzig. Opfer des Rennsportunfuges. Sonntag nachmittag brach auf der Rennbahn bei Zoppot beim Verkaufshürdenrennen ein Pferd, das Leutnant v. Auer vom 2. Garde-Dragoner-Regiment ritt, beim Nehmen der letzten Hürde aus, lief die Barriere an und durchbrach diese, wobei ein Kind getötet, eins schwer verletzt wurde.

Vermischtes.

* **Vulkanische Erscheinungen und Erdbeben in Europa.** Aus Ungarn wird gemeldet: In der Nähe des Berges Straza bei Bartfeld zeigen sich bedenkliche Symptome einer vulkanischen Thätigkeit. Man hört seit mehreren Tagen ein donnerähnliches dumpfes Grollen. Aus einzelnen Brunnen verschwand das Wasser und als es sich wieder zeigte, hatte es eine hohe Temperatur. Die Bevölkerung ist in größter Aufregung.

Aus Finnland teilt die Finnl. Gac. mit, daß man am 13./26. Mai in Sakkola zu der Zeit, als in der dortigen Kirche Konfirmanden-Unterricht stattfand, ein starkes unterirdisches Getöse verspürte, durch welches der Altar und die Lustres ins Schwanken gerieten.

Seit einigen Tagen machen sich in verschiedenen Orten Griechenlands Erderschütterungen bemerkbar.

* **Grubenexplosion.** In den Erdwachsgruben der „Länderbank" in Borislaw (Galizien) fanden Explosionen giftiger Gase statt. 16 Personen wurden getötet und 10 schwer verwundet. Die Rettung der noch am Leben befindlichen Arbeiter gestaltet sich sehr schwierig.

* **Zur Hälfte niedergebrannt** ist der Strandort Rockway Blach bei Newyork.

* **Großer Wassermangel in Australien.** Man telegraphiert der Daily Mail aus Sydney, daß der Wassermangel ein so großer ist, daß die föderierte Regierung sich genötigt sah, in den Erlaß der Abgaben für Stallfutter zu willigen. Australien soll nur noch für einen Monat Futtervorräte besitzen. Das Vieh lebt von Baumrinde und Holzsplittern. Die Eisenbahnen von Neusüdwales haben angesichts der allgemeinen Not die Frachtsätze für Futter, die bereits um die Hälfte reduziert waren, noch weiter ermäßigt.

* **Scheerenschleifer als Renommier-Bergleute.** In Düsseldorf ist bekanntlich eine große internationale Industrie-Ausstellung, in welcher, um in der Sprache der bürgerlichen Presse zu reden, die hohe Blüte der deutschen, nationalen Arbeit über alle anderen Länder triumphiert. Während des internationalen Bergarbeiter-Kongresses machten nun die Delegierten desselben der Ausstellung einen Besuch. In dem Pavillon einer westfälischen Bergbaugesellschaft frug nun unser Genosse Reichstagsabgeordneter Sachse einen im feinsten bergmännischen Wichs gekleideten Aufseher nach der Waschkaue. Der Mann schien anfangs nicht recht zu begreifen, was damit gemeint sei und so erklärten wir ihm, daß damit eine Einrichtung gemeint sei, in der sich die Bergleute waschen können. Da huschte über des Biedermannes Gesicht ein Strahl der Erkenntnis und er verwies uns vor das Thor der Ausstellung, vor dem wir das Gewünschte finden sollten. Wir fanden aber dort ein künstlich angelegtes Bassin mit Springbrunnen. Wir waren natürlich etwas frappiert und gingen wieder in den Pavillon zurück, woselbst Sachse dem Mann auf den Zahn fühlte, ob er überhaupt wisse, was eine Waschkaue sei. Dieser verneinte und bekannte, er sei kein Bergmann von Beruf, sondern ein — Scheerenschleifer von Düsseldorf und nur während der Zeit der Ausstellung als Aufseher angestellt. Nun ging uns Delegierten ein gewaltiger Seifensieder auf, denn sämtliche Aufseher in Bergmannsuniform waren wohlgenährte, kräftige Gestalten, die auf das Publikum den besten Eindruck machen. Die Herren Aktionäre beabsichtigen damit wohl, dem Publikum über die thatsächlichen Verhältnisse der Bergleute Sand in die Augen zu streuen. Ihre wirklichen Bergleute erscheinen ihnen gewiß zu ausgemergelt, um sie als Staffage verwenden zu können und darum greifen sie zu Scheerenschleifern.

* **Geheimrats-Deutsch.** „Schon die Summe von 25 Millionen Mark durch Ueberweisungen nicht gedeckter Matrikularumlagen, die für 1902 ausgeschrieben werden mußte, dient den meisten Bundesstaaten zum schweren Bedruck" — — also schrieben die Berliner Pol. Nachrichten, ein offiziöses Blatt. — Der Tag macht dazu folgende niedliche Glossen: „Es dient uns zum großen Gegluck, daß wir im Ministerium des Innern eine Summe von durch Ueberweisungen nicht verdorbener Schriftsteller besitzen, deren Stil uns zum höchsten Beruck und Entzuck dienen kann. So etwas dient der Sprache Luthers, Göthes, Kellers und Nietzsches zu hohem Geschmuck, und ein Baum so voller herrlicher Stilbüten wird uns verwahrlosten Tagesschriftstellern zu eifrigem Gepfluck dienen, und nur den Nörglern dient er zum Gejuck des Zwerchfells, uns aber zu tiefem Gebuck."

Letzte Nachrichten.

Pretoria, 3. Juni. Die Burenführer sind abgereist, um ihre Kommandos zu veranlassen, sich den englischen Bedingungen zu unterwerfen. Man rechnet damit, daß die Niederlegung der Waffen ungefähr 2 Wochen in Anspruch nehmen werde.

London, 3. Juni. Man glaubt, daß Foncher und andere Kommandoführer in der Kapkolonie, die noch im Felde stehen, sich binnen kurzem ergeben werden, um die unter den jetzigen Bedingungen gebotenen Vorteile nicht zu verlieren. Größere englische Truppenteile werden wahrscheinlich jetzt noch nicht nach Hause gebracht werden, da noch viel Arbeit für das Militär vorhanden ist. Nach der St. James Gaz. bleiben nahezu 100 000 Mann noch in Südafrika. Bloemfontein und Pretoria erhalten starke Besatzungen. Kitchener soll sofort nach London zurückkehren, er wird durch General Littleton ersetzt werden.

Paris, 3. Juni. Gestern schoß ein Individuum auf den Polizeipräfekten, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Attentäter entkam.

Warschau, 3. Juni. Der Transport von **42 Studenten** und 5 Professoren der Staatswissenschaften, die, weil sie einem politischen Geheimbund angehören, nach Sibirien verbannt sind, ist gestern erfolgt.

Eingesandt.

Als die hiesigen organisierten Sattler im Frühjahr 1901, zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in eine Lohnbewegung eintraten, war der Sattlermstr. und Kofferfabrikant Krasemann, früher Schmerstraße 19, jetzt Schmeerstraße 2, einer derjenigen, welcher mit allen Mitteln gegen das Bestreben der Sattlergehilfen, ihre Lage zu verbessern, ankämpfte. Durch eine aufgenommene Statistik konnte dem betr. Herrn nachgewiesen werden, daß in seiner Werkstelle die schlechtesten Verhältnisse in Bezug auf Lohn herrschten. Wurden doch Löhne an Gehilfen im Betrage von **3.50 Mark und 4.50 Mark** pro Woche ausbezahlt. Auf eine Kritik dieser famosen Lohnverhältnisse hatte der gute Herr die Gewogenheit, den Gehilfen, welcher 3.50 Mk. pro Woche verdiente, mit auf die Redaktion des Volksblattes zu nehmen und denselben daselbst vorzustellen, und durch das Größenmaß desselben (1,55½ m) demonstrieren zu können, daß er einem solchen Gehilfen keinen höheren Lohn bezahlen könne.

Zugleich als Erwiderung unserer Angriffe hatte er ein Schreiben verfaßt, worin er betonte, daß der Gehilfe bloß 3½ Jahre als Sattler gelernt habe, und deshalb die bei ihm vorkommenden Taschner-Arbeiten erst noch erlernen müsse. Wir bezeichneten dies schon damals als Verdrehung der Thatsachen, indem Herr Krasemann auf Taschen-Arbeiten einen Spezial-Arbeiter bei 8 Mk. Wochenlohn beschäftigte und die anderen Kollegen thatsächlich nur auf Sattlerarbeiten beschäftigt würden, auf welche sich jeder x-beliebige Sattler in ganz kurzer Zeit einarbeiten könne, und zudem die zwei anderen noch am Orte bestehenden Geschäfte dieser Branche Löhne von 18—22 Mark pro Woche bezahlten.

Nun hat Ostern 1902 daselbst ein Kollege ausgelernt, und da ist es jedenfalls von Interesse, zu erfahren, was derselbe, welcher doch in seiner fast 4½jährigen Thätigkeit sich mit den dort anzufertigenden Arbeiten vertraut gemacht haben wird, für einen horrenden Lohn erhält. Herr Krasemann wird wohl gewußt haben, warum er seinen Gehilfen den Anschluß an die Organisation so streng verbot, hat er doch eine ganz besonders feine Methode der Ausnutzung der Arbeitskraft erfunden. Zur Kennzeichnung möge folgendes dienen: Herr K. beschäftigt z. B. den einen Kollegen, welcher dort gelernt hat, in Akkord. Da er natürlich daselbst in Logis und halber Kost ist, muß der Kollege von seinem verdienten Lohne 3 Mark für Mittagessen und 3 Mark für das Logis und Kaffee, also im ganzen 6 Mk. pro Woche an Herrn Krasemann zurückzahlen. Abendbrot und Frühstück muß sich der betreffende Gehilfe selbst halten, die Lohnzahlung erfolgt 14tägig, und da ist es fast Usus geworden, daß der Kollege den horrenden Lohn von 2—5 Mark nach Abzug des verabreichten Mittagessen und den Betrag für Logis übrig hatte. Einigemale ist es sogar vorgekommen, daß der Kollege statt Lohn herauszubekommen, noch darauf bezahlen mußte, also sozusagen Herrn Krasemann vollständig umsonst gearbeitet hat. Aber Herr K. kann auch noch menschenfreundlich sein; da man doch vom Mittagessen und Früh-Kaffee nicht allein leben kann, hat er sich erboten, jederzeit Vorschüsse zu geben, welche bei dem betreffenden Kollegen die Höhe von 25 Mk. erreicht haben. Auf Anraten unsererseits wollte nun der Kollege daselbst aufhören, aber da kam er schön an, es wurde ihm entgegnet, daß er erst seine Schulden abarbeiten möge, eher könne er nicht darauf rechnen, entlassen zu werden. Der Kollege versichert, daß ihm das nicht möglich wäre, sondern daß er bei dem erbärmlichen Lohn nur immer noch höher in Schulden käme.

Da Herr Krasemann Mitglied einer ganzen Anzahl Wohlthätigkeits- und kirchlicher Korporationen, Armenvorsteher usw. ist, wird er wohl auch wissen, daß seine ganze Handlungsweise sich ebensowenig mit der Gewerbeordnung vereinbart, wie daß es angeht, daß man Gehilfen bei der Ortskrankenkasse als Lehrlinge anmeldet.

Vielleicht nimmt die hiesige Polizei oder die Wohnungskommission einmal Veranlassung, das vortreffliche Logis, welches den dortigen Gehilfen angewiesen wird, einer näheren Besichtigung zu unterziehen.

Die Filiale des Sattlerverbandes.

An die Arbeiterschaft von Holzweißig!

Nachdem es in den beiden Orten Sandersdorf und Greppin so glänzend gelungen ist, der organisierten Arbeiterschaft Lokale zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen zu verschaffen, darf Holzweißig nicht länger mehr zurückstehen. Es ist eine Schande, daß in einem Orte, dessen Bewohner sich hauptsächlich aus Arbeitern, kleinen Geschäftsleuten und Kleinbauern zusammensetzen, nicht ein einziger Wirt seinen Saal den Arbeitern zur Verfügung stellt. Der Arbeitergesangverein Hoffnung, der Radfahrerverein Solidarität, der Maschinisten- und Heizerverein, die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Bitterfeld, der neugegründete Kommunalverein, alle diese Körperschaften müssen sich endlich auf ihr Recht besinnen, ihre Angelegenheiten öffentlich diskutieren zu können. Sie müssen auf die Hergabe eines Saales seitens eines Wirtes dringen. Können die Wirte in Sandersdorf und Greppin die Hergabe riskieren und dabei materiell ganz gut bestehen, dann haben wir ein Recht, an unsere Wirte das gleiche Verlangen zu stellen. Es ist ein unwürdiger Zustand, unter dem wir jetzt leiden. Die genannten Vereine müssen sich aufraffen und erklären: Entweder wir bekommen den Saal oder wir halten unsere Sitzungen und Zusammenkünfte in anderen Lokalen ab. Bevor man nicht entschieden vorgeht, wird dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustande kein Ende bereitet.

Also, Arbeiter, Bürger von Holzweißig, rafft Euch auf. Ihr könnt die Hergabe der Säle zuwege bringen, wenn Ihr nur wollt.

Ein Arbeiter, der in Holzweißig einer Volksversammlung beiwohnen möchte.

Litteratur.

Neue Zeit (Stuttgart, Dietz Verlag), 35. Heft des 20. Jahrgangs. Inhalt: Borussische Germanisierung. — Die Wahlreform in Baiern und Das sozialdemokratische Reichstagshandbuch. Von August Bebel. — Und zum drittenmale das belgische Experiment. Von Rosa Luxemburg. (Schluß.) — Wirtschaftliche Umschau. Von Heinrich Cunow. — Litterarische Rundschau: Karl Jentsch, Friedrich List. Berthold Otto, Lehrgang der Zukunftsschule. Von Heinrich Schulz. Max Kaufmann, Heines Charakter und die moderne Seele.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich 3.25 Mark. Probenummern stehen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

In dem Artikel: Kritisches, beschäftigt sich Gen. Bebel mit der bairischen Wahlreform und mit Schippels Reichstags-Handbuch. Zur ersten Frage giebt Bebel zuerst eine kurze Darstellung der Sachlage und tadelt dann scharf die Zustimmung unserer bairischen Landtagsfraktion zu der Resolution. Auch an dem Reichstags-Handbuch übt Bebel scharfe Kritik. Seine Ausstellungen bewegen sich in der Richtung, daß das Buch über die Thätigkeit unsrer Partei nicht genügend unterrichte, während es Reden der Gegner, Motive zu Gesetzesvorlagen der Gegner vielfach in überflüssiger Ausführlichkeit gebe. Bebel führt eine ganze Anzahl Beispiele aus älterer und neuerer Zeit an, wo die Thätigkeit unsrer Vertreter im Parlament teils gar nicht erwähnt, teils zu kurz behandelt sei.

Von der **Hütte**, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Wallfisch) ist das fünfte Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Melchior Meyr. (Forts.) — Der Burenkrieg. Ein Ueberblick von Rudolf Krafft. (Schluß). — Spruch. Von Göthe. — Der Heidebrand. Gedicht von Detlev von Liliencron. — Der Boden, auf dem du stehst. Von Kurt Grottewitz. (Schluß.) — Die Infektionskrankheiten. Von Dr. Bopitz. (Forts.) — Koptisches Lied. Gedicht von Göthe. — Die Auskunft. Aus dem Russischen des Anton Tschechow. — Fahrendes Volk. Von John Schikowski. (Forts.) — Sehnsucht. Gedicht von Julius Grosse. — Der alte und der junge Rat. Zwei Charakterbilder von Justus Möser. — Adler und Taube. Gedicht von Göthe. — Zweibein. Märchen von Karl Ewald. (Forts.) — Politik und Volkswirtschaft. — Notizen. — Kunstbeilage: Im Kehricht der Großstadt. Nach einer Steinzeichnung von G. Lührig.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. in N. Wenn Sie das Bier bezahlt nehmen, gleichviel ob in Ihrem Laden oder in Ihrer Wohnstube, so wird das als Uebertretung bestraft, namentlich wenn es wiederholt vorgekommen ist und daraus die Ausübung des Schankgewerbes gefolgert wird.

H. u. W. Das Gedicht enthält zwar nur Gedanken, die wiederholt schon dichterisch verwendet worden sind, trotzdem kann es gelegentlich veröffentlicht werden.

Quittung.

Für den Zentral-Agitationsfonds.

12 Mk. aus Schkeuditz erhalten. G. Schmidt.

Quittung aus Zeitz.

Für Parteizwecke gingen folgende Gelder für das 1. Quartal 1902 auf Sammellisten ein: Nr. 617 0.20 M., 619 0.50, 623 4.15, 626 2.20, 631†, 632 0.30, 633 leer, 634 1.40, 635 4.85, 647 2.20, 648 0.70, 649 0.20, 668 10.15, 672 1.80, 673 0.70, 676 verloren, 677†, 678 0.40, 679 1.30, 680 1.75, 681 0.25, 682 1.40, 683 20.—, 684 0.90, 685 1.90, 686 1.20, 687 1.15, 688 1.20, 689 8.85, 690 4.15, 691 6.95, 692 2.30, 693 3.—, 694 0.50, 695†, 696 3.15, 697†, 698 2.65, 699 leer, 700 3.45, 701 0.50, 702 0.50, 703 2.15, 704 6.95, 705 0.25, 706 0.70, 707 6.35, 708 1.—, 709 1.01, 710 0.80, 711 1.35, 712 0.85, 713 0.60, 714 0,50, 715 4.20 in Rehmsdorf gesammelt, 716 2.25, 717 2.75, 718 0.45, 719 2.25, 720 2.75, 721 4.55, 722 40.50, 723†, 724 0.20, 725 0.15, 726 1.75, 727 0.70, 728†, 729 3.25, 730 20.85, 731 0.20, 732 0.90, 733 4.20, 734 1.60, 735†, 736 1.20, 737 2.25, 838 2.10, 739 3.20, 740 0.20, 741 0.25, 742 1.20, 743 3.05, 744 0.45, 745 0.50, 746 5.05, 747 1.—, 748 0.60, 749 0.60, 750 4.25, 751 2.20, 752 0.10, 753 1.—, 754 leer, 755 0.65, 756 1.50, 757 0.90, 758 0.70, 759 0.55, 760 0.80, 761 1.45, 762 leer, 763 0.35, 764 2.45, 765 1.80, 766 leer, 767 4.95, 768†, 769 1.72, 770 0.30, 771†, 772 2.25, 773 0.50, 774 0.75, 775 leer, 776†, 777 3.55, 778 1.—, 779†, 780 0.50, 781 0.35, 782 0.50, 783 1.30, 784 10.—, 785 7.56, 786†, 787 0.50 Mark. Die mit einem † versehenen Listen stehen noch aus. H. W

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), den 31. Mai.

Geboren: Schriftsetzer Görlitz S. (Magdeburgerstr. 7). Kaufmann Stolle S. (Königstr. 24). Glasermeister Längrich S. (Am Bauhof 7). Handarbeiter Schumann S. (Weingärten 40).

Gestorben: Marie Jäger, 18 J. (Prov.-Blindenanstalt). Kaufmanns Auert T., 1 Mon. (Parkstr. 14). Fabrikarbeiters Czech S., 5 Mon. (Schlosserstr. 15). Schuhmachermeisters Ahrens, 68 J. (Friedrichstr. 66). Johanne Kühne, 26 J. (Klinik). Kaufmann Strödke T., 11 Mon. (Bernhardystr. 23). Goldarbeiters Rettig S., 5 J. Mühlgasse 4). Seilers Schippling S., totgeb. (Schlosserstr. 5). Forstaufseher Busch, 58 J. (Bergmannstrost). Maurers Weilepp gen. Altenburg T., 7 Mon. (Kl. Sandberg 18). Arbeiters Ordnung Ehefr., 54 J. (Klinik).

2. Juni:

Aufgeboten: Bahnarbeiter List und Martha Schniköth (Landwehrstr. 4). Bergmann Meißner und Anna Hiller (Gerbstedt). Landmesser Müller und Emma Eschmann (Halle und Holzminden). Schachtmstr. Raue und Lina Kürschner (Schmiedeberg).

Eheschließung: Gypsfigurenhdlr. Lippi und Frida Scharf (Leipzig und Streiberstr. 29).

Geboren: Kaufmann Most T. (Marienstr. 25). Maurer Kersten T. (Ankerstr. 8). Kupferschmied Uhl T. (Hirtenstr. 7). Arbeiter Schubert S. (Böllbergerweg 11). Arbeiter Wanke S. (Glauchaerstr. 29). Theatermstr. Geier S. (Pfännerhöhe 49). Bergwerksdirektor Ziervogel T. (Königstr. 93). Maurer Nitzer T. (Bergstr. 3). Kaufmann Hartleb S. (Pfännerhöhe 29) Arbeiter Lüttich S. (Klinik).

Gestorben: Dienstmann Dietze, 63 J. (Martinstr. 16). Eisendreher Scholz, 60 J. (Siechenanstalt). Schiffer Felgenträger, 67 J. (Klinik). Hilfsbremsers Osterhagen S., 6 Mon. (Delitzscherstr. 11 a). Tischlers Blume S., 2 Mon. (Jakobstr. 40a). Bremsers Hirsch T., 4 Mon. (Weingärten 28). Arbeiters Geißler T., 3 J. (Elisabethhaus). Witwe Bachmann, 81 J. (Albert Schmidtstr. 9). Arbeiter Hager, 55 J. (Bergmannstrost).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 31. Mai.

Aufgeboten: Arbeiter Schmidt und Luise Spazier gen. Engling (Dachritzerstr. 11 und Hohestr. 6). Arbeiter Kitzing und Minna Busch (Rosenstr. 1).

Eheschließungen: Maurer Deparade und Auguste Stoppe (Lehndorf und Ludwig Wuchererstraße 27). Landwirt Eschenburg und Melanie Weise (Bauzin und Reichardtstr. 17). Inv. Maschinenputzer Schäge und Auguste Hannemann geb. Bruckhaus (Saalberg 23 und Körnerstr. 53). Schuhmachermeister Brückner und Luise Hagedorn (Ludwig Wuchererstr. 32 und Nietleben). Arbeiter Jünemann und Luise Schulze (Brunnenstraße 18 und Reilstr. 63).

Geboren: Arbeiter Spahr S. (Weißenburgstr. 15). Arbeiter Fuchs T. (Gr. Brunnenstr. 60). Rangiermeister Stammberger T. (Körnerstr. 53). Küfer Pfeifer T. (Fleischerstr. 14). Präparator Opitz S. (Henriettenstr. 7).

Gestorben: Arbeiter Arndt, 52 J. (Diakonissenhaus). Rangiermeisters Stammberger T., 10 Std. (Körnerstr. 53). Invaliden Bergelt Ehefr., 47 J. (Nervenklinik). Lokomotivheizers Sträß T., totgeb. (Schillerstr. 39).

2. Juni:

Aufgeboten: Maurer Schiecke und Anna Krause (Brehna und Gutshof Gimritz).

Eheschließung: Arzt Dr. med. Dünges und Gertrud Weddy-Pönicke (Ulestr. 19).

Geboren: Arbeiter Japp S. (Gr. Wallstr. 42). Vers.-Insp. Immekeppel S. (Rosenstr. 8). Kunstgärtner Henze S. (Gövenstraße 26). Eisendreher Eichapfel S. (Körnerstr. 62). Lehrer Hartmann S. (Belfortstr. 2a).

Gestorben: Privatmann Hopfer, 78 J. (Schmelzerstr. 6). Arbeiter Gillsch, 44 J. (Triftstr. 6). Feldwebels Hoppe S., (Berlinerstr. 29). Stellmachermeister Mußkopf, 67 J. (Körnerstraße 4). Witwe Elsässer, 66 J. (Henriettenstr. 7). Witwe Röschel, 64 J. (Blumenthalstr. 21). Apotheker Malbranc, 61 J. (Göthestr. 8).

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Geiststraße 21, 1. Hof rechts.

Geöffnet nur Werktags von 9½—1½ und 4—8 Uhr.

Sonnabend nachmittag geschlossen.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9½—1½ und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020604-17/fragment/page=0008